



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

226 (18.5.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-229488](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-229488)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagsstelle: In Mannheim und Umgebung bei uns
Haus oder durch die Post monatlich R. M. 2.50 ohne
Zuschlag. Bei vorerh. Lieferung der wöchentlichen
Beilagen Nachzahlung vorbehalten. Postfach Nr.
17900 Karlsruhe. - Hauptgeschäftsstelle: E. O. Z. -
Gedrucktes: Rebenstraße 11. - Telephon: 4211.
Verlagsleiter: Hermann. Erscheinung: wöchentlich zweimal.
Verlags- und Druckerei: Nr. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Anzeigenpreise nach Tarif bei Berechnung pro empa.
Kolossalzeile für 14 Tage. Einzelzeilen 0.40 R. M. Restam.
1-4 R. M. Kolossal-Anzeigen werden höher berechnet.
Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben
wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt,
Streiks, Betriebsstörungen usw. berechnungen zu keinen
Ansprüchen für ausgelassene oder beschränkte Ausgaben
oder für verspätete Kolumne von Anzeigen. Beiträge durch
Fernsprecher ohne Gewähr. - Gerichtsstand: Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern und Reisen - Gesetz und Recht

Das Kabinett Marx in Parteibeleuchtung

In Erwartung der Regierungserklärung

Berlin, 18. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Das Kabinett Marx stellt nach allgemeiner Auffassung ein Provisorium dar, das über die Zeit bis zum 20. Juni, dem Tage des Volkenscheides, hinweg helfen soll. Bis zu diesem Termin wird Herr Marx verstanden müssen, der innerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Vordergrund stehen die drei Fragen der Flaggeneinrichtung, des Fürstentompromisses und des Aufhebungsgesetzes, das nach von Dr. Luther eingebracht worden ist. Der Streit um die Flaggeneinrichtung, erklärt die „Tägliche Rundschau“ kurz und bündig, ist praktisch zu Ende. Die Anordnung wird gegeben und sie wird, wie der frühere Reichskanzler Dr. Luther angekündigt hat, Ende Juli überall durchgeführt sein.

Inzwischen dürfte der Ausschuss, der dem demokratischen Antrag gemäß die Schaffung einer Einheitsflagge zu prüfen hat, seine Tätigkeit aufgenommen haben, auf deren Erfolg man freilich in politischen Kreisen keine allzu großen Hoffnungen setzt. Die Billigung der Regierungserklärung kann nur mit Unterstützung der Sozialdemokraten erreicht werden. Die Sozialdemokratie wird aber ihre Hilfe freudig versagen, auch wenn der „Vorwärts“ in verärgelter Zone feststellt, daß die sozialdemokratische Fraktion, da sie während der Verhandlungen gar nicht zu Rate gezogen worden sei, dem Kabinett „ohne jede Bindung“ gegenüberstehe.

Das, wie wir bereits andeuteten, vorerst auch die Deutschnationalen Zurückhaltung über werden, wird uns durch eine Erklärung der „Neuzeitung“ bestätigt. Das Organ des Grafen Westarp erklärt, die Deutschnationalen würden zwar selbstverständlich in der Opposition bleiben, die Opposition würde aber abweichenden Charakter annehmen, da die Deutschnationalen kein Interesse daran hätten, das Regierungspriorium zu Fall zu bringen, bevor nicht die Lage geklärt sei.

Im übrigen betont die Rechtspresse, der es allmählich aufzuklären beginnt, daß sie durch ihre Abstimmungsstimm eine ihr keineswegs günstige Entwicklung gefördert hat, die starke Linkstendenzen des Kabinetts.

Das „R. Z.“ freilich ist misstrauisch, es spricht den Verdacht aus, die Volksparteiler könnten die Erweiterung der Regierung nur solange hinzulassen, bis Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei. Die Deutschnationalen sich auf den „Boden der Tatsachen“ stellen und damit auch für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten.“ Keine es dahin, so sei nur ein Mittel am Platze: Die Reichstagsauflösung.

Uns scheint das allerdings eine cura posterior zu sein. Jedoch ist dies bezeichnend für die Unstimmigkeiten, die zwischen den Regierungsparteien herrschen. Die „Tägliche Rundschau“, die damit der Meinung eines großen Teiles der volksparteilichen Fraktion Ausdruck gibt, unterstreicht, daß die ganze Lösung eine Kollisionsfrage sei, herausgehoben aus dem unmöglichen Zustand der Dinge.

Die Begründung, die das Kabinett also auch bei denen findet, die sich zu seiner Unterstützung zusammengefunden haben, ist lau. Wenn sich die neue Regierung dem Reichstag vorstellen wird, steht im Vordergrund noch nicht fest. Es ist aber wohl anzunehmen, daß die Regierungserklärung am Mittwoch im Plenum vorgetragen wird, und die Aussprache am Donnerstag nachmittags beendet wird, daß das Haus dann seine Pfingstferien antreten kann. Verschiedentlich ist davon die Rede, daß Staatssekretäre Leumpper und der Reichsjustizminister Dr. Kiep abgesetzt werden sollen, und man nennt als Kandidaten für beide Posten den Ministerialdirektor Spieder (?). Diese Meldungen sind indes verfrüht.

Erwerbslosenfragen im Reichstag

Berlin, 17. Mai. (Von uns, Berliner Büro.) Im Reichstag wurde der Hauptgegenstand der Beratung, nämlich das Reichsnappschätzgesetz von der Tagesordnung abgehakt, da man die Sitzung frühzeitig beenden wollte, um den Fraktionstagen Zeit zu geben, sich mit der Lage zu befassen. Das Haus beschäftigte sich infolgedessen auf eine knappe Aussprache über die Erwerbslosenfrage. Ein sozialdemokratischer Antrag, das kürzlich verabschiedete Provisorium bis Ende des Monats zu verlängern wurde angenommen. Die Sozialdemokraten lehnen aber keinen Zweifel, daß sie nach dessen Ablauf mit neuen Ansprüchen hervortreten würden. Da das Kabinett Marx auf die Sozialdemokratische Rückstufung nehmen soll, konnte der Reichsarbeitsminister nicht umhin, die Bereitwilligkeit der Regierung zu weitgehenden Entgegenkommen in Aussicht zu stellen. Die maßlos übertriebenen Forderungen der Kommunisten wies Brouns mit Entschiedenheit zurück. Dagegen wurde ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Zuschläge zu den Beamtengehältern der Klassen I bis 9 ohne Widerspruch dem Ausschuss überwiesen. Die mit dem Fall Bürgens zusammenhängenden Anträge der Linken verfielen der Ablehnung.

Die Durchführung des Volkenscheides

Ueber die Durchführung des Volkenscheides hat der Reichsinnenminister neue nähere Anordnungen ergreifen lassen, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurden. Gegenstand des Volkenscheides ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über die Entelung der Fürstentümer Gesez werden soll. Der Stimmzettel erhält eine dementsprechende Frage vorgedruckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit Ja, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit Nein bezeichnete Bismarckkreuz. Die Stimmzettel und Stimmkarten sind vom 6. Juni bis einschließlich 13. Juni auszugeben. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen.

Die deutsche Regierungskrise in englischer Beleuchtung

London, 18. Mai. (Von unserem Londoner Vertreter.) In hiesigen Kreisen hat man die deutsche Kabinetskrise mit großem Interesse verfolgt, obwohl viele politische Kreise und die wenigen während des Generalsstreiks erschienenen Kampfbücher von der internationalen Politik kaum Notiz nahmen. Die gesunde Lösung mit Marx an der Spitze erregt hier Befriedigung, da der neue Kanzler zu denjenigen deutschen Staatsmännern gehört, welche das volle Vertrauen der Entente-mächte besitzen. Auch die Erklärung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, daß die internationale Politik Deutschlands fortgeführt werden müsse, trägt dazu bei, die Unterstützung in hiesigen leitenden Kreisen über die Wadenstiefeln der Monarchisten zu befestigen. Die „Times“ haben hervor, daß das deutsche Kabinett infolge des Verlangens nach teilweise Wiederherstellung der alten kaiserlichen Flagge gefallen ist, daß die Polizei in Berlin eine Verschwörung für einen monarchistischen Putsch entdeckt hat. Die Kabinetskrise habe dem nützlichen Zweck gedient, Deutschlands Selbsthalten am Balcarnopact und dem Völkerbund nochmals zu befestigen.

Die liberale „Westminster Gazette“ hebt hervor, daß das Kabinett in Genf nichts erreicht habe und daß die Sitzung vielleicht bis Juli und dann bis September vertagt werden würde. Dies könnte das verhängnisvolle Ereignis in Europa werden, denn die Einberufung der deutschen monarchistischen und katholischen Verschwörung gleichzeitig mit Luthers Rücktritt wegen des Flaggeneinsetzes zeige, daß eine Fortsetzung der Deutschland in Genf zugesandten Verhandlungsentwürfe Wirkungen auslösen könne. Der Fall des Kabinetts Luther über den Flaggeneinsetz beweise jedoch, daß der republikanische Geist in Deutschland der herrschende sei. Die Frage in Polen erhöhe die allgemeine Rubeführung auf dem Kontinent. Solche Revolten gegen die Langsamkeit der konstitutionellen Veränderung seien anstehend. Polen und Deutschland umföhlen keinen geringen Teil Europas.

Die Pressestimmen spiegeln die Beforgnis wider, mit welcher man in Downingstreet die jüngsten Vorgänge in Deutschland und Polen beobachtet.

Neue Risoffensive gegen die Spanier

London, 18. Mai. (Von unserem Londoner Vertreter.) Nach hiesigen Meldungen aus Tanger hat Abd el Krim eine neue Offensiv gegen die Spanier begonnen. Er zerstörte die Gebiete der Stämme, welche zu den Spaniern übergegangen waren, ohne daß diese bisher von den Spaniern bemerkt werden konnten. Der „Westminster Gazette“ wird aus Tanger gemeldet, ein Dutzend Spanier besuchte die Dörfer an der Tetuan-Strasse sei von Abd el Krim zerstört worden. Frauen und Kinder sind obdachlos in die Berge geflüchtet, die Männer mußten zu Abd el Krim zurückkehren. Obwohl offiziell erklärt wird, daß die spanischen Truppen von „Ajuzmas nicht forjingen, erlitten die regulären sowohl wie die ringedorenen Truppen der Spanier schwere Verluste. Eine große Batterie mit 400 Mann von der Fremdenlegion wurde von Abd el Krim gefangen genommen. Risiboten erklärten, Abd el Krim werde demnächst einen starken Angriff unternehmen, um die spanischen Garnisonen ins Meer zu treiben.

Die „Times“ melden aus Tanger, Abteilungen Andjeras haben sich gegen die Spanier erhoben. Nach den letzten Nachrichten nimmt die Risoffensive gegen die Spanier an Heftigkeit zu. 105 Mann von der Fremdenlegion wurden bei Tetuan getötet.

* Die Pfalzreise des bayerischen Landwirtschaftsministers, Landwirtschaftsminister Fehr hat gestern (Montag) seine Pfalzreise angetreten.

Ein Vorschlag zur Güte

Ueber die Ernennung Marx' zum Chef des Reichskabinetts kann man verschiedener Meinung ein. Zumal bei uns im lieben Deutschland, wo bekanntlich, wenn fünf zusammenstehen und über Politik reden, sie mindestens sechserlei Meinung haben, wird man von dieser Möglichkeit auch bei diesem Anlaß wieder ausgiebigen Gebrauch machen. So kann man z. B. sagen, daß in einem Augenblick, wo der Flaggengstreit wieder so hohe Wellen schlägt, daß eine Reichsregierung darüber zu Fall gekommen ist, die Bestallung des Vorstehenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zum Reichskanzler ein Triumph der Reichsbannerleute und einen Affront für Hindenburg bedeute, in dessen Persönlichkeit die weitesten Kreise den prominentesten Vertreter der schwarz-weiß-roten Richtung erblicken. Man hört ferner sagen, daß hier wieder einmal die Zentrumspartei, die ohnedies schon in verschiedenen deutschen Länderregierungen, so vor allem bei uns in Baden, die Hauptrolle spielt, einen neuen gewichtigen Sieg davongetragen, daß man, daß der Vatikan wieder einen gewichtigen Aktposten im deutschen Reiche zu verzeichnen hat. Man kann die Befürchtung haben, daß das Zentrum, das bekanntlich in all den letzten Jahren eine ebenso große Abneigung gegen den Anstich nach rechts wie Bolsche für die Linksparteien beklundet hat, die günstige Gelegenheit unter Marx' Kanzlerschaft benutzen wird, um im Sinne dieser parteipolitischen Einstellung mit noch verstärktem Nachdruck zu wirken. Und man kann diese Gefahr, in einem Augenblick, wo angekündigt wird, daß der ehemalige Zentrumskanzler Joseph Wirth, der „rote Wirth“, seine Rufbahn abgebrochen hat und sich auf dem Heimwege befindet, für besonders bedenklich halten. Man kann sich auch in allerer Kritik gegen die Persönlichkeit Marx', gegen seinen Charakter ergehen. So hören wir z. B. in einer politischen Unterhaltung mit Bekanntheit das Urteil, daß es doch nicht gerade schmeichlerhaft für Marx' Charakterstärke und Stolz sei, daß er sich jetzt dazu herbeilasse, unmittelfach mit und unter Hindenburg zu arbeiten, den er noch vor knapp Jahresfrist als Gegenkandidat bei der Reichspräsidentenwahl aufs heftigste bekämpft habe. Ein Mann von Charakter, von ehrlicher, offener Gesinnung, muß es verschmähen, da Bürovorsteher zu werden, wo er sich um die oberste Geschäftsführung bemühen hat. Lieber geht er als Schreibgehilfe zur Konkurrenz, ja betraufte dieser „man“ seine Meinung. . . .

Man kann aber auch anderer Meinung sein, man muß es sogar sein, wenn anders man an dem Deutschstum deutscher Führer und damit an Deutschlands Zukunft nicht völlig verzweifeln will.

Immer wieder und wieder zeigt uns freilich die raube Wirklichkeit, daß praktische Politik mit anständiger Gesinnung keine, oder doch nur ganz geringe, zwangsbewährte Berührungspunkte hat. Unter national denkenden und strebenden Volksgenossen eines Landes, ein und derselben Kulturgeinschaft aber darf dieser grausame, aller Kultur und Ethik hoch sprechende Gegensatz Geltung haben, darf er nicht anerkannt und resigniert als etwas unabänderliches hingenommen werden. Bei dem innerpolitischen Meinungssturm eines Volkes, insbesondere des deutschen Volkes, das nach langen Jahren der Dunkel und Demütigung jetzt mühsam wieder empfortreibt zum Licht, müßte es bei allen wirklich national denkenden Parteien, denen das Vaterland nicht nur in gedankenlos hingepöhlten Tiraden, sondern in Wahrheit über die Partei geht, oberste und vornehmste Richtschnur jedweder politischen Betätigung sein, daß sie nur mit reinen Händen und unversehrten Waffen kämpfen.

Schmüpft uns nicht Schwärmer, wir wissen leider nur gar zu gut, wie oft und wie öftig rücksichtslos von allen Parteien gegen dieses vornehmste Gebot verstoßen wird. Doch alle die guten Willens sind, dürfen nicht müde werden auch im innerpolitischen Parteeleben unseres Volkes den Willen zum Guten und damit zum nationalen Wohl immer wieder und wieder anzufeuern und nach Möglichkeit zu stärken. Denn schließlich ist (nach einem Worte Stresemanns) die Politik nicht nur die Kunst des Möglichen, sondern auch „das Streben nach Idealen“. Und deshalb haben wir den Mut, uns auch hinsichtlich der trüben Befürchtungen, die man an Marx' Ernennung zum Reichskanzler knüpft, auf den Standpunkt Borchers zu stellen, der einmal (dem Sinne nach) gesagt hat: „Ich habe mich immer fern gehalten von solchen Deuten, die nur dann das allein Wahre und Edle zu sehen glaubten, wenn sie das Gemeine sahen“ . . .

Wir begrüßen deshalb die Ernennung Marx' zum deutschen Reichskanzler. Daß Hindenburg sie auf Vorschlag des führerlosen Reichskabinetts in loyalster Weise vollzogen und Marx aus den Händen seines Gegenkandidaten bei der Präsidentenwahl das dornenvolle Amt zum drittenmale angenommen hat, gereicht dem nationalen Pflichtgefühl beider Männer zur hohen Ehre. In der Tatsache, daß diese Ernennung des obersten Reichsbannerführers in einem Augenblick erfolgt ist, wo der elendliche Flaggengzwist die Parteeidenschaften wieder hoch aufschäumen läßt, sehen wir als Optimisten, die wir sein müssen, um den Mut zum Weiterleben aufzubringen, kein Unglück, sondern ein Glück, nämlich eine unerwartet günstige Gelegenheit, den je länger je mehr das deutsche Volk in zwei große, sich mißtraulich gegenüberstehende Heerlager spaltenden Flaggengstreit ein für allemal aus der Welt zu schaffen und die feindlichen Brüder endlich zu versöhnen. Richt etwa dadurch, daß die eine oder andere Seite aus ihre vermeintlichen Ideale verdrängt, sondern durch ehrliche Verständigung, wie sie zwischen den auf Gedeih und Verderb unfröhen miteinander verbundenen Brüdern eines schwer vom Schicksal geprüften Volkes schon ein zwingendes Gebot des Selbsthaltungstriebes sein muß. Jetzt, wo die beiden Männer, die so lange als Antipoden galten, gemeinsam auf der Kommandobrücke und am Steuerrod des deutschen Staatsschiffes stehen, ist von einem günstigen Schicksal eine hervorragende Gelegenheit geboten, durch Schaffung einer deutschen Einheitsflagge eine Lösung zu finden, die beiden Farbenrichtungen gerecht ist.

Diese Verständigung kann keinesfalls schwer fallen. Denn obwohl die beiden schärfsten aus verschiedenen Lagern kommen, stimmen sie doch gerade in der Frage, deren Lösung jetzt zur Erörterung steht, in der Flagenfrage, durchaus überein. Hindenburg war es, der die von den Parteien als Zankapfel mißbrauchte neue Flagenordnung herausgab und Warg war und ist es, der als Reichsjustizminister, der er auch jetzt noch ist, diesen Erlass als durchaus verfassungsmäßig bezeichnet und auch gegen den Widerstand seiner eigenen Partei guthieß. ... Wenn aber diese beiden führenden Männer an der Spitze des Reiches in dieser zu Unrecht zu einem Zankapfel der Parteien gemachten Frage ein und derselben Meinung sind und fest zusammenstehen, wer wagt es da, nationaler sein zu wollen als Hindenburg und verfassungstreuer als des Reiches Justizminister?

H. A. Meißner.

Die Putschdebatte im Preußenparlament

Berlin, 18. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Im preußischen Landtag hat sich gestern die durch die Putschentwürfe entstandene Spannung bei der zweiten Beratung des Kabinetts entspannt. Die Kommunisten, die den Reigen anführten, konnten mit all ihrem mühen Behabe nicht über ihr eigenes schlechtes Gewissen hinwegtäuschen. Nach ihnen ließen Zentrum und Deutsche Volkspartei Erklärungen abgeben. Das Zentrum gemahnte der Regierung weltgehende Milderung und sprach ihr das Vertrauen aus, daß sie alles tun werde, was in ihren Kräften stehe, um Gefährten abzuliefern, durch die unruhige Elemente den Staat erschüttern könnten. Der volksparteiliche Sprecher übte scharfe Kritik an den Maßnahmen, deren sich die preußischen Behörden bedient haben. Die Regierung habe sich durch innenpolitische Stimmungen verleiten lassen, leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger einzugreifen. Die Linkspresse, und sogar die französische, seien vor allen Zeitungen von der Regierung unterrichtet worden. Seine Fraktion lehne aus diesem Grunde die Mittel für die Pressestelle ab. Als dann der

Ministerpräsident Braun das Wort nahm, um den Beweis für die Stichhaltigkeit des Materials zu erbringen, drängten sich die Abgeordneten — das Haus wies übrigens keineswegs die Befragung auf, die man bei der Wichtigkeit des Gegenstandes erwarten durfte — um die Rednertribüne zusammen. Bei den anbauenden Unterredungen, die seine Rede begleiteten, hatte Braun es schwer, sich verständlich zu machen. Durch die Vereinfachung eines Briefes erfährt man, auf welche Weise alldeutsche Kreise dem Reichspräsidenten v. Hindenburg, dessen Verfassungstreue Herr Braun über allen Verdacht erhebt, nahe legen wollten, durch die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung die Errichtung einer Diktatur „charaktervoller Persönlichkeiten“ zu ermöglichen. Uebrigens hätte bei den Hauslesungen nicht alles Material erfaßt werden können, da die der Putschabsichten Verdächtigen bereits gemort waren. Zum Schluß verließ Braun auf die Proteste der Rechten hin, ein um das andere Mal, daß die Dinge durchaus nicht harmlos seien. Die Regierung werde alles tun, um solche Unternehmungen niederzutreten.

Der Deutschnationale wiederholte, wie schon in der Presse seiner Partei zu lesen war, daß es sich bei der gestrigen Aktion lediglich um die Abwehr eines linksseitigen Anschlages gehandelt habe. Der Freisinn der Regierung sei nichts anderes als ein Angriff auf die Reichsverfassung.

Der Sozialdemokrat Hellmann suchte zu beweisen, daß auch ein solcher Zweck sanktioniert sei. Zwar möchte er die Führer Geßler und Seckert nicht verdächtigen, aber es sei fraglich, ob ihnen die untergeordneten Stellen immer Gelingen leisten würden. Im übrigen meinte er mit erschütternder Klarheit: Ein kommunistischer Umsturzversuch wäre keine Gefahr mehr für den heutigen Staat.

Diese Auffassung forgierte der Demokrat Riedel in schärfster, ruhiger Weise. Gegenüber den Angriffen der Volkspartei wies er auf das Vorgehen der Kapp und Genossen hin. Ein Antrag, die Auseinandersetzung damit auf sich beruhen zu lassen, wurde abgelehnt. Somit also heute Fortsetzung.

Ein beachtenswerter Protest

Berlin, 18. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete und Präsident des Verwaltungsrats der Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Ing. Karl Friedrich v. Siemens, nimmt in der Berliner „Börsezeitung“ zu dem Vorgehen der preußischen Behörden gegen eine Reihe prominenter Wirtschaftsführer Stellung. „Wie muß der Eindruck auf die Welt sein, wenn die Staatsgewalt, von der man doch wohl erwarten darf, daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungen vor ihrer Ausführung klar ist, von ihrem härtesten Recht gegenüber Männern Gebrauch macht, die auf der ganzen Welt als Träger der deutschen Wirtschaft bekannt sind und auf denen das Vertrauen zu ihr beruht?“ Das Echo im Ausland werde sein, daß eine Wirtschaft, die unter solchen Führern stehe, in höchstem Grade mißtrauisch werden müsse. Der Schaden, der auf die Art angerichtet werde, treffe aber vor allem auch die Arbeiterschaft, die von eben dieser Wirtschaft lebe.

Der Frankenfälscher-Prozess

Über die weiteren Zeugnisaussagen im Budapest-Frankenfälscher-Prozess wird berichtet: Graf Sigray antwortete auf eine Frage des Vertreters der Bank von Frankreich, Prinz Windischgrätz habe ihn (Sigray) am 1. Oktober 1925 gefragt: Wenn man nur die Drucker nicht findet, denn die ist ein französisches Institut. Der nächste Zeuge, Graf Rites, machte keine bestimmten Angaben und auch Graf Palavicini gab an, dass eigener Erfindung nichts über die Frankenfälscher zu wissen. Er will nur einer Unterredung mit dem Prinzen Windischgrätz annehmen haben, daß die Regierung von der Fälschungsoption möchte konkrete Beweise kommen er jedoch nicht anführen. Er berief sich schließlich noch auf den Abgeordneten Hitz, der behauptete, im August 1923, noch ehe mit der Frankenfälschung begonnen wurde, die Rolle eines Verbindungsmannes zwischen dem Prinzen Windischgrätz und Belgien gespielt zu haben.

Bei einer Gegenüberstellung des Bischofs Zdravetz mit Graf Willes blieb dieser bei der Behauptung, Zdravetz habe ihm gesagt: „Bester Stephan weiß um die Sache“, während Zdravetz dies im Abrede stellte.

Als letzter Zeuge wurde Notkassaminiester Dr. Baf vernommen. Er sagte: Graf Willes habe vor seiner Abreise nach Genf den Belgier angezogen, wenn tatsächlich die Herstellung solcher Frankennoten im Gange wäre, diese mit allen Mitteln zu verhindern. Notkassaminiester gab an, daß die Darstellung des Ministers daß der Bafheit entspricht und erklärte, es bestehe lediglich ein Unterschied in den Worten, jedoch nicht im Sinne.

Haus (Dienstag) soll Ministerpräsident Graf Bethlen vernommen werden.

Absolutismus in Spanien

Paris, 18. Mai. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus Madrid wird gemeldet: Das Amtsblatt veröffentlicht heute ein Dekret, in dem der Regierung eine selbstherrliche Gewalt erteilt wird. Durch dieses Gesetz wird der Absolutismus in Spanien auf der ganzen Linie verwirklicht.

Die Veröffentlichung des Amtsblattes erregt in politischen Kreisen großes Aufsehen und wird in einigen Blättern kommentiert, wobei jedoch dafür gesorgt ist, die Zensur nicht herauszufordern.

Pilsudski in der Defensive?

Paris, 18. Mai. (Von unserem Pariser Vertreter.) Mit der Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ an der Spitze publizieren heute die wichtigsten Pariser Zeitungen Warschauer Meldungen des Inhalts, daß Marschall Pilsudski in eine schwere Defensive gedrängt worden ist. Dem „Matin“ zufolge beginnt sich die Situation Pilsudskis wesentlich zu erschweren. Im „Welt-Berichten“ wird mitgeteilt, daß die Besprechungen Pilsudskis mit dem französischen Botschafter einen befriedigenden Verlauf genommen haben, daß aber aus innerpolitischen Gründen eine neue Umsturzgefahr in Polen vorhanden sei.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Warschau, daß er mit dem Senatspräsidenten eine Unterredung hatte. Es wurde ihm folgendes von diesem Politiker mitgeteilt: „Die Bedeutung des von Pilsudski über die legitime Regierung erlangten Erfolges soll nicht übertrieben werden. Für den Augenblick ist ein Triumph der seit vielen Monaten organisierten Versuchung in der Armee zu vergleichen. Die Polen verurteilen jedoch das Vorgehen Pilsudskis, weil es zu sehr merkwürdigen Gebräuchen gleiche. Weiteres Blutvergießen soll nach Möglichkeit vermieden werden. Aber ich zögere nicht, Ihnen zu erklären, daß wir noch immer stark genug sind, um gesetzliche Verhältnisse wieder herzustellen.“ Der Senatspräsident glaubt, daß innerhalb der Armee die Kämpfe noch einige Zeit fortbauern werden.

Fürst Radzinski sagte dem Vertreter des „Echo de Paris“: „Ich lehne auf meine Besichtigungen zurück. Wenn es nötig ist, werden meine Freunde und ich eine Armee von hunderttausend Mann ausheben.“ Zugleich berichtet der Korrespondent von der Anwerbung von Freiwilligen, mit denen dann die Pilsudski feindlichen Truppenteile in einem gegenseitigen Augenblick auf Warschau anmarschieren und das durch den Staatsstreich geschaffene Regime beseitigen sollen.

In Krisen der neuen Regierung

glaubt man, daß auch in Polen bald eine Beruhigung der Gemüter eintreten wird und daß die Bemühungen des Generals Dowbor Rusnicki, eine Freiwilligenarmee gegen Pilsudski aus Polinnen und Truppenteilen zu bilden, keinen wesentlichen Erfolg haben werden. In Bromberg sind einige Pilsudski feindlichen hohen Offiziere festgenommen und nach Thorn gebracht worden.

37 Abgeordnete und Senatoren aller Rechtsparteien, der Witospartei und der Nationalen Arbeiterpartei, sandten aus Polen ein Telegramm an den Sejm-Marschall Rataj, worin sie gegen die Abhaltung der Nationalversammlung in Warschau protestieren, da die gegenwärtige Lage eine Beratungsfähigkeit nicht zulasse.

In Warschau selbst ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Gestern wurde auch der Flugverkehr wieder aufgenommen. Witos hat nach seiner Freilassung Warschau verlassen; auch einige Generale wurden freigelassen. General Mazowowski ist noch in Haft. Gestern wurden die 1.000, im Ganzen 300, unter militärischen Ehren befreit. In Warschauer parlamentarischen Kreisen beriet man eifrig darüber, wie trotz der Bestimmungen der Verfassung die Parlamentarisation herbeigeführt werden könnte. Bekanntlich wünschen die polnischen Sozialisten die Auflösung, da der gegenwärtige Sejm eine demokratische Mehrheit nicht hat und somit die Forderungen der Sozialisten und der linken Bauern auf Durchführung der Bodenreform, nationale Autonomie für die geschlossenen wohnenden Wälder, scharfe Steuerpolitik usw., von heutigem Parlament kaum beschlossen werden dürfte. Die Verfassung bestimmt jedoch, daß der gegenwärtige Sejm vor Ablauf seiner Wahlperiode nur durch einen Beschluß aufgelöst werden kann. Die Wahlperiode läuft erst in etwa einhalb Jahren ab.

Gestern abend erwartete man, daß die Regierung den Zeitpunkt des Zusammentritts der Nationalversammlung festsetzen würde. Jene Kandidatur für den Posten des Staatspräsidenten ist bis jetzt noch nicht genannt worden. In den späten Abendstunden des Montags wurde bekannt, daß der Kabinettsrat noch keinen Beschluß über den Zusammentritt der Nationalversammlung gefaßt hat, da die Lage noch ungelöst ist.

Sirzynski hat es abgelehnt, als Außenminister in das neue Kabinett einzutreten.

Eine Gegentregierung in Posen?

Nach Meldungen aus Posen scheint es sich zu befähigen, daß in Posen eine Gegentregierung ausgerufen worden ist. General Haller soll in Kottowitz die Organisation des Widerstandes gegen Pilsudski vorzunehmen haben. Er hat dort mit den Haller-Soldaten und den früheren Insurgenten-Organisationen Fühlung genommen. Das reguläre polnische Militär in Ost-Oberschlesien soll jedoch auf Seite Pilsudskis stehen.

In der gestrigen Sitzung des schlesischen Sejms wurde ein Antrag der Konstantin-Partei und der Nationalen Arbeiterpartei gegen den Staatsstreich, der die ober-schlesische Wirtschaftslage besonders schwer erschüttert habe, angenommen. Ramentlich die Kohlenverladung in Ost-Oberschlesien hat schwer gelitten, da die Eisenbahndirektion nicht die genügende Anzahl Eisenbahnwaggons den Zügen zur Verfügung stellt. Der Hauptstab der Oppositionstruppen soll sich in Kattich befinden. In Posen hat General Haller eine Nationalgarde gebildet. Ueber die Provinz Posen wurde der Kriegszustand verhängt. Angeblich sollen dem General Haller etwa 30.000 Mann zur Verfügung stehen.

England und die polnischen Vorgänge

In Londoner politischen Kreisen verfolgt man aufmerksam die Vorgänge in Polen. Die Sympathie für Pilsudski ist offensichtlich, zumal Marschall Pilsudski gegenüber seinen englischen Freunden erwähnt hat, daß er auf gute Beziehungen zwischen Polen und Deutschland allergrößten Wert lege. Der Marschall habe, so wird erzählt, wiederholt darauf hingewiesen, daß er die Regelung der deutsch-polnischen Grenze, die Schaffung des Korridors und die verfehlte Lösung der Danziger Frage für schwere Mißgriffe halte. Er sei in Paris bereit gewesen, bereits bei den Friedensverhandlungen sich mit einer ähnlichen Regelung der Schifffahrt auf der Weichsel zuzubehalten, wie sie die Tschscholomawski für die Elbe angenommen habe; er sei aber von der Reichsregierung der polnischen Delegation in Paris überstimmt worden.

Pilsudskis Amtsantritt ist nach englischer Ansicht die erste konkrete Aussicht für eine Lösung der schwierigen deutsch-polnischen Probleme in naher Zukunft auf gutem Wege und für die Schaffung eines erträglichen modus vivendi.

Englischer Generalstreik und Mosulkonflikt

London, 18. Mai. (Von unserem Londoner Vertreter.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die Türkei bei Ausbruch des englischen Generalstreiks eine abwartende Haltung in den Verhandlungen mit England über einen Mosulvertrag einnahm. Der Botschafter Sindsch kehrte daher nach Konstantinopel zurück. Jetzt seien die Verhandlungen auf einen erfolgreichen Abschluß wieder günstiger. Mittlerweile sei die Furcht vor Italien durch die Rede des Gouverneurs von Rhodos wieder angefaßt worden. Dieser erklärte, die Hilfe von Kleinasien würde italienische Kolonialisten willkommen heißen. Infolgedessen wurden die Darbanelen wieder in ein besichtigtes Lager verwandelt. Die Türken verhalten die Befestigungsarbeiten, die Gallarien und Mitten wiederholt. Die türkischen Flottenbehörden verlangten von der Kriegskommission, sie solle genau feststellen, welche Rotzogenen von Kriegsschiffen aller Nationen die Darbanelen durchfahren dürfen. Der Vertrag von Lausanne enthält keine solche Klassifikation. Deshalb findet jetzt ein diplomatischer Meinungs-austausch zwischen den Mächten statt.

Der arktische Flug der Norge

Newport, 17. Mai. Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichen spaltenlange Berichte über die gefährliche Fahrt der „Norge“ über Alaska. Die Schwierigkeiten setzten kurz hinter dem Kap Es trenen zeitweise starke Nebel auf, die das Schiff zwingen, hoch zu gehen. Di überlichtete sich der Nebel und gestattete die Befragung weite Flächen zu überleben. Hier und auch dort konnte im unbekanntem Gebiet kein Land festgestellt werden; jedoch lediglich umhertreibende Eismassen. Dann begann der gefährliche Teil der Fahrt. Dide Wolken wollten sich über dem Schiff zusammen und später einsehende Nebel zwangen die „Norge“ langsam zu fliegen. Zunächst blieb man im Nebel, dann aber suchte man, tiefer zu gehen, geriet aber in ein Schneetreiben. Der geriet das Luftschiff in erste Gefahr dadurch, daß von dem pellem Göttempen, die von der Ballonhülle niederfielen, gegen die Ballonhülle geschleudert wurden, wodurch die Hülle zerlegt wurde, bis zuletzt kein Ballonmaterial mehr vorhanden war. Die Gefahr vergrößerte sich so, daß man begann, nach einer Landungsmöglichkeit zu suchen. Schließlich lieferte sich aber die „Norge“ und das Luftschiff konnte tiefer gehen und unter dem Schmelzen. Eine genaue Orientierung war dadurch unmöglich, daß der Sonnenkompass nicht mehr verwendet werden konnte, weil er völlig mit Eis bedeckt war. 48 Stunden nach Beginn von Kingsbay kam Point Barrow in Sicht. Durch das Einsetzen neuer Schneestürme ging die Aussicht auf die Eisaberge verloren. Die Hoffnung, bald bessere Landungsbedingungen zu finden, erfüllte sich nicht. Die „Norge“ überlag auf ihrer Fahrt zuerst in Richtung auf Rom, doch vermochte Amundsen infolge des ordentlich heftigen Sturmes dort nicht zu landen. Er sah sich genötigt, nach dem ihm bekannten Orte Teller zurückzukehren, wo er das Vorhandensein eines günstigen Landungsplatzes konnte. Teller wurde das Luftschiff entleert, Amundsen und Eiseisen haben sich nach Rom begeben. Die „Norge“ wird gegenwärtig in Verhüllung nach Amerika bereitgemacht, die allerdings nur einigen Monaten erfolgen kann. In Amerika wird der „Norge“ mit großer Begeisterung begrüßt. Wie berichtet, soll Amundsen bereits eine Südpol-Expedition planen. Der bisherige Versuch, rund drei Millionen Mark erfordert, die fast ausschließlich aus Glaswoch aufgebracht worden sind.

Badische Politik

Aus dem Landtag

Der Landesausschuß der Demokratischen Partei hielt am Sonntag in Baden-Baden eine Sitzung ab, deren Ergebnis nach dem Bericht der „R. Bad. Landeszeitung“ die Billigung der Politik der Landtagsfraktion darstellte. Der Landesausschuß war einstimmig im Vertrauen zur Fraktion und in der Auffassung, daß zu einer Änderung ihrer politischen Haltung gurgelt eine Veranlassung nicht vorliegt.

Der Geschäftsausschuß des Landtages befaßte sich am Montag nachmittags mit einem demokratisch-volksparteilichen Antrag, in die Geschäftsordnung des Landtages folgenden neuen Paragraphen einzufügen: „Bei jeder Abstimmung darf jedes Mitglied erklären, daß es sich der Entscheidung enthält. Stimmenshaltungen geben mit bei Freistellung der Stimme (Schlußfähigkeit, nicht aber bei Berechnung der Mehrheit).“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Abstimmung wurde der Antrag mit neun gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Demokraten, Volkspartei und Kommunisten, dagegen Sozialdemokraten und Bürgerliche Vereinigung.

Der Antrag war beantragt durch die Vorkommisse bei der zweiten Beratung des Verfassungsänderungsprojektes. Die beiden ersten Sätze des Antrages sind der Geschäftsordnung des Landtages entnommen; der dritte Satz entspricht dem Wortlaut des Artikels 78, Abs. 1, der Reichsverfassung. In der Abstimmung wurde der Antrag mit neun gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Demokraten, Volkspartei und Kommunisten, dagegen Sozialdemokraten und Bürgerliche Vereinigung.

Letzte Meldungen

Die widerrechtlich verfaßte Alkoholbeschränkung in Niederschlesien

Berlin, 18. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Die preussische Regierung hat die Vollstreckung des Oberpräsidenten in Breslau, die die Einschränkung des Alkoholverbrauchs für Niederschlesien enthält, aufgehoben. Aufschubgeboten für diesen Beschluß waren juristische Erwägungen. Man hält in Breslau die Regierungstreuen eine derartige Ausnahmeverordnung nicht für das geeignete Mittel, dem Mißbrauch des Alkohols entgegenzuwirken.

Jefinahme des Strausberger Mörders? — Berlin, 18. Mai. Nach einer bisher unbekanntlichen Meldung aus Hirschberg (Schlesien) soll auf der böhmischen Seite des Riesengebirges in Spindelwühle bei einem mißglückten Waidüberfall auf den dortigen Gemeindevorsteher ein Mann festgenommen worden sein, der von den Behörden für den Mörder der Gräfin Lambach aus Strausberg gehalten wird.

Hochwasser-Katastrophe — Basel, 18. Mai. Aus dem Kanton Tessin und mit Oberitalien kommen Nachrichten über schwere Hochwasser-Schäden, die durch die letzten Wolkenbrüche verursacht wurden. Besonders Ambr und Robl und der Gotthard-Linie ging ein Schreckliches nieder, der die Gotthard-Strasse stellenweise verdrängte. In Lugano ist der See über die Ufer getreten und beim Salis-Fort gelang der See einzuliegen. Auf der Gotthardbahn wurden an zwei Stellen Schlamme- und Schuttmassen auf das Bahngelände hinuntergeschwennt. Der Lago Maggiore stieg am Samstag bis Montag tag allein um einhalb Meter. Die See-Umgeben und Strassen sowohl in Lugano wie in Locarno stehen unter Wasser. Die Strassen nach dem berühmten Val Bregaglia ist gesperrt. Die Centralbahn ist unterbrochen. Die Elch überstaute Teile des Tessin. Am schlimmsten ist Alenaga betroffen, wo nach dem Durchbrechen der Staudämme die Vorflüsse unter Wasser gesetzt wurden.

Der Frankenkrieg — Paris, 18. Mai. (Von unserem Pariser Vertreter.) In einer Besprechung der Pariser Großbankdirektoren, die gestern im Finanzministerium stattfand, wurde zum so und sozialen Male beschlossen, eine scharfe Verberodung des Pariser Devisenmarktes zu organisieren. Zweck dieser Maßnahme soll nach wie vor die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Franken sein.

Einschränkung der belgischen Lebensmittelzufuhr nach Deutschland — Paris, 18. Mai. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus Brüssel berichtet wird, hat das belgische Industrie- und Arbeitsministerium beschlossen, den Export von Rohwolle nach Deutschland bedeutend einzuschränken. Unter dem Druck der belgischen Meinung soll dies geschehen sein, weil in den letzten Tagen eine starke Aufwärtsbewegung der Fleischpreise entstanden ist. Auch der Gemüsexport nach Deutschland wird in den nächsten Tagen eine starke Einschränkung erfahren.

Eine Luftschiffhalle fertiggestellt — Paris, 17. Mai. In der Nähe von Paris wurde bei einem heftigen Sturm eine der größten Luftschiffhallen der Welt fertiggestellt. Von St. Ger empfangen, mehrere hundert Meter lang und vollkommen geräumert.

Beratung des Haushaltplanes der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1926

am Montag, 17. Mai 1926

Beginn der Voranschlagsberatungen — Eine vierstündige Generaldebatte — Etwa hundert Abänderungsanträge

Erster Tag

Die Beratung des Haushaltplanes der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1926 hat gestern begonnen. Vier Stunden benötigte der Bürgerausschuß zur Generaldebatte, die Oberbürgermeister Dr. Ruder mit einem ausführlichen Liederbild über die von der Stadtverwaltung in allen Zweigen im Vorjahre und in den hinter uns liegenden Monaten des Jahres 1925 geleistete Arbeit einleitete. Dr. Ruder konnte mit Recht seine Ausführungen, die sich auch auf die in Angriff genommenen und in diesem Jahre noch geplanten Arbeiten erstrecken, mit der Bemerkung schließen, daß er wohl zur Geringfügigkeit habe, daß auf dem Rathaus nicht gefaulenzt werde. Im übrigen ging der Oberbürgermeister auf die Fragen, die in der Generaldebatte gewöhnlich zur Erörterung gelangen, nicht ein. Dafür ergriß er während der Aussprache wiederholt das Wort, um Versäumnisse richtig zu stellen und den Standpunkt der Stadtverwaltung zu verteidigen. Das Charakteristikum der gestrigen Sitzung, das auch dem noch vor uns liegenden Spezialberatungstagen das Gepräge geben wird, war eine geradezu ungeheuerliche Zahl von Abänderungsanträgen. Den Rekord schlugen die Kommunisten mit über 40. Das Zentrum hat nicht weniger als 23 eingebracht. Deutschnationale und Wirtschaftliche Vereinigung haben 12 Stück auf den Tisch des Hauses niedergelegt, während sich die Sozialdemokraten auf vier beschränkten. Allein auf weiter Flur steht die Deutsche Volkspartei, die auf Anträge überhaupt verzichtet hat. Es ist klar, daß die Kommunalwahlen im Herbst auf die Antragszahl, ein in der Geschichte des Mannheimer Bürgerausschusses wohl einzig dastehender Vorgang einen maßgebenden Einfluß ausgeübt haben.

Stv. W. Rosen, der namens seiner Fraktion erklärte, daß sie dem haushälterischen Antrage auf Erhebung einer vorläufigen Umlage von 65 Pfg. zustimmen würde, vorausgesetzt, daß sich nicht die Möglichkeit einer Verminderung des Umlagefußes herausstellt, worauf die Anträge in der Hauptsache abzielen, traf den Nagel auf den Kopf, als er meinte, es wäre bei dieser Masse von Anträgen das allerbeste, den Voranschlag an den Stadtrat zur nochmaligen Durchsprüfung zurückzuweisen und in 8 oder 14 Tagen wieder zusammenzukommen. Während das Zentrum den Umlagefuß auf 65 Pfg. herabdrücken will, glauben die Deutschnationalen mit der Wirtschaftlichen Vereinigung mit ihren Anträgen eine Ermäßigung um 6 Pfg. durchsetzen zu können. Von den Demokraten lagen noch keine genau formulierten Anträge vor. Es sind aber, wie Stv. Dr. Jekelsohn ausführte, von dieser Gruppe ebenfalls einige zu erwarten. Die Sozialdemokraten stimmten für den haushälterischen Antrag, während die Kommunisten den Voranschlag überhaupt ablehnten, weil er ihnen zu arbeiterfeindlich ist. Zu besonderen Zwischenfällen kam es gestern nicht. Man beschränkte sich auf Zwischenrufe, die oft zu Heiterkeitsausbrüchen Veranlassung gaben. Vor allem schärferten Zentrum und Kommunisten ein wenig miteinander. Selbst der kommunistische Redner verbot sich nicht den Oberbürgermeister, die Glode zu schwingen oder einen Ordnungsruf zu erteilen. Vielleicht gibts heute ein wenig Sensation, da Dr. Ruder auf die Angriffe des kommunistischen Ritters gegen einen leitenden Beamten der Straßenbahn antworten will. Sch.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Ruder eröffnet um 4.20 Uhr die beschlußfähige Sitzung mit der Vertiefung des

Haushälterischen Antrages:

Der Haushaltplan der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1926 wird in der gedruckt vorliegenden Fassung mit 83 650 200 RM. in Einnahme und Ausgabe und einem durch Gemeindesteuern zu leistenden Betrag von 8 123 000 RM. festgelegt. Die Beschlußfassung über die Höhe der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer erfolgt, sobald die endgültige Regelung der Steuerverhältnisse des Jahres 1925 vorliegt. Vorläufig sind für das Rechnungsjahr 1926 gemäß §§ 12 Abs. 2 und 59 Abs. 2 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes die Auszahlungen in Höhe von 88 Pfg. von je 100 RM. Steuerwert des für 1925 veranschlagten Liegenschafts- und Betriebsvermögens zu leisten. Wo bei den außerordentlichen Herstellungen und Anschaffungen Kosten eingeleistet sind, darf die Ausführung schon im Rechnungsjahre 1926 dann erfolgen, wenn zugleich der Gesamtbetrag festgelegt ist. Die allgemeine Ermächtigung auf Seite 3 des Haushaltsplans wird ausdrücklich bekräftigt.

Obmann des Stv.-V. Fuhs (Soz.)

welt einleitend auf die Neugehaltung des Voranschlags im Vergleich zu früheren Jahren hin, wodurch sich der gesamte Einnahmen- und Ausgabenbetrag auf 83 650 200 RM. gegen 89 700 400 RM. in 1925 stellt. Bei dem Vergleich mit 1925 ist zu berücksichtigen, daß eine Reihe Einnahmen und Referenzen vollständig fehlen. Eine Reihe von haushälterischen Arbeiten, deren Ausführung im Interesse der großen Arbeitslosigkeit zu begrüßen wäre, müßten aus Ersparnismaßnahmen von vornherein zurückgestellt werden. Diese Sparmaßnahmen fanden Schranken vor allem in dem Anwachsen der persönlichen Lasten. Obmann Fuhs geht dann auf einzelne Positionen des Voranschlags ein und vergleicht in seinen weiteren Ausführungen die einzelnen Posten mit denen der Voranschläge 1925 und 1924. Zum Schluß erklärt Obmann Fuhs: Mit Rücksicht darauf, daß alles noch in Fluss ist und auf die Finanzabgarung des Reiches noch keine feste Form angenommen hat, hat der Stadtratsordnungsamt nach längerer Beratung beschlossen, von einer Beurteilung der haushälterischen Finanzabgarung im allgemeinen und von Abänderungsanträgen abzusehen, da der Stadtrat Gelegenheit genug hatte, einzelne Änderungen vorzuschlagen. Zu den von den Fraktionen gestellten Abänderungsanträgen konnte der Stadtratsordnungsamt nach keine Stellung nehmen, da sie ihm nicht bekannt waren. Wir empfehlen aus diesem Grunde die Stadtratsliche Vorlage in der vorliegenden Fassung und empfehlen weiter, nicht zu vergessen, daß in der Kürze die Würze liegt.

Oberbürgermeister Dr. Ruder

gibt alsdann mit Rücksicht darauf, daß die Amtsdauer des Bürgerausschusses im Herbst abläuft, einen Liederbild über die im Jahre 1925 und in diesem Jahre verwirklichten Projekte, sowie über die in der Ausführung begriffenen und noch vorgesehenen Arbeiten, wobei er u. a. ausführte:

Straßenbahn

1. Für die Straßenbahn wird ein Betriebsbahnhof beim Neckarübergang im Augartengebiet erstellt; er wird 2 Straßenbahnwagenhallen zu je 20, zusammen 140 Wagen umfassen, ferner eine Betriebswerkstätte und verschiedene kleinere Gebäude, insbesondere Beamtenwohnhäuser. Die Kosten zu 14 Millionen Mark sind aus Anleihen bereitgestellt. Die Arbeiten schreiten so fort, daß der Bau bis November ds. J. in Betrieb genommen werden kann. Ein Teil der Wagenhalle an der Collinstraße soll nach Fertigstellung dieses Betriebsbahnhofes zur Hauptwerkstatt gezogen und diese damit erweitert werden.

2. Die Straßenbahn hat ihre Betriebsmittel vermehrt. 20 zweifache Trieb- und 10 zweifache Anhängewagen sind bestellt. Sechs vierachsige Anhängewagen sind einstellend noch bestellt, weil die zum Befahren der Friedrichsbrücke mit solchen Wagen erforderliche Genehmigung noch aussteht. 1 070 000 RM. sind aus Anleihenmitteln bewilligt.

3. Die Linien der D.C.B. sind in ihrem Unterhaltungszustande auch in dem der Wagen erheblich verbessert worden. Die Arbeiten sind jedoch noch nicht abgeschlossen, da die erforderlichen Mittel noch nicht im vollen Maße zur Verfügung stehen.

4. Die Straßenbahnlinie hinter dem Schloß ist in diesen Tagen in Benutzung genommen worden; die Linie 4 und die Rhein-Haardbahn wird den neuen kürzeren Weg beschreiben. Ueber die Friedrichsbrücke werden verschiedene Linien geführt (Kronprinzenstraße—Friedrichsring); die Gleisanlagen werden alsbald vorgenommen. 400 000 RM. wurden aus Anleihen bewilligt. Die neue Linie wird in der Collinstraße mit dem Betriebsbahnhof verbunden (Kosten 120 000 RM.). Eine Straßenbahnlinie durch die Bismarckstraße soll 1927 gebaut werden. Die Gleisanlagen am Zatterfall sollen geändert werden; hierfür sind im ganzen 600 000 RM. aus Anleihen vorgesehen, davon 150 000 RM. aus dem Erneuerungsfonds. Die Erbauung von Linien um den Friedrichsplatz nach der Augustaplatz-Anlage, die Weiterführung der Neustädter Linie nach Seckenheim, die Führung einer Linie durch das Lange Röttelgebiet sind vorbereitet, der Kosten halber aber zurückgestellt.

5. Die Gleisstraße der Linie Mannheim—Seckenheim der D.C.B. wird mit den Gleisen in der Collinstraße verbunden; die Kosten mit 210 000 RM. sind bewilligt.



Transcom Berlin

Der neue badische Gesandte in Berlin

Durch Entschlüsselung des Staatsministeriums ist der Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Karlsruhe, Franz Haer, zum badischen Gesandten und Stellvertreter des Bevollmächtigten im Reichsrat in Berlin ernannt worden.

6. Eine Autobuslinie nach Schriesheim ist von der D.C.B. in Betrieb genommen worden. Die Führung einer solchen Linie nach Schwetzingen wird geprüft, ebenso nach der Gartenstadt bei Waldhof.

7. Der Straßenbahnvertrag mit Ludwigshafen über den Gemeinschaftsbetrieb in neuer Form ist abgeschlossen; eine wichtige, umfassende, schwierige Arbeit.

Werte im engeren Sinne

1. Ein neues gemeinsames Verwaltungsgebäude am Luisenring wurde vollendet.
2. Am Luisenring wird ein neues Wohngebäude (auch mit Aufenthalts- und Speisräumen) mit 120 000 RM. erstellt.
3. Zu Betriebserweiterungen, insbesondere zur Beschaffung von Wassermessern, Cosmesessern, Stromzählern, dann zur Ausdehnung des Rohrnetzes und des Kabelnetzes sind für 1925 664 000 RM. für 1926 1 117 000 RM. aus Anleihen bewilligt.
4. Die Betriebs-Telephon- und Wasserstandsfernanlage der Werke wird ausgebaut und verbessert (Kosten 143 000 RM.).

Wasserversorgung

5. Im Wasserwerk Käferthal ist die Umstellung auf Gassteuerung im Gange. Es wird eine Hochdruckleitung von 200 mm lichter Weite nach dem Wasserwerk verlegt (Kosten 125 000 RM.).
6. Die Arbeiter für das l. Wasserwerk Rheinau sind in vollem Gange. Ungefähr 50 000 Rbm. Tagesleistung wird dort erreicht.
7. Ueber die Wasserversorgung Brühl wurde mit dieser Gemeinde ein Abkommen getroffen; mit einer anderen Gemeinde Schwaben Verhandlungen.

Gaswerk

8. Zur bisherigen Ofenanlage von 100 000 Rbm. Tagesleistung wurde eine 2. Anlage von 120 000 Rbm. Tagesleistung erbaut.
9. Nachdem bereits im Jahre 1916 bis zur Kronprinzenstraße eine Gas-Hochdruckleitung verlegt worden war, wird, um den Gasdruck in den äußeren Stadtteilen, vor allem in Neustadt, Lindenhof, Heidenheim, Neckarau, Rheinau, zu verbessern, diese Leitung bis Neustadt als 500 mm-Leitung durchgeführt. Die Kosten sind auf 270 000 RM. veranschlagt. Im laufenden Jahre ist die Fortführung der Leitung bis zum Neckarübergang geplant.
10. Mit Weinheim und 6 benachbarten Gemeinden sind Verträge über die Gasversorgung aus dem hiesigen Werke abgeschlossen worden; mit anderen sind Verhandlungen eingeleitet. Die Projekte sind in Ausführung begriffen. Bewilligt wurden 1 355 000 RM. (aus Anleihen).

Elektrizitätswert

11. Zur Sicherstellung der Stromversorgung sind Großkraftwerk und Elektrizitätswert durch 2 weitere 20 000 Voltkabel verbunden worden (800 000 RM.).
12. Im Elektrizitätswert wurde ein 16 000 R.W.-Transformator aufgestellt und eine neue Schaltanlage errichtet (420 000 RM.).
13. Die neuzeitliche Ausstattung der vorhandenen und die Herstellung neuer Transformatorstationen wurde fertiggestellt (420 000 RM.) wurden bewilligt.
14. Mit den Arbeiten für den 20 000 Volt-Speisepunkt in der Reppelerstraße wird demnächst begonnen. Für diesen Zweck, der insbesondere dem erhöhten Verbrauch Rechnung trägt und für genügende Spannung sorgt, wurden 730 000 RM. bewilligt.
15. Für die Beschaffung von Zählern wurden 500 000 RM. bewilligt.

Schlacht- und Viehhof

16. Im Schlacht- und Viehhof sind die Gleisanlagen erweitert, die Düngerhütte und die Heupresse verfestet, eine zweite Rammen-

anlage und neue Entladebühnen auf der bestehenden Rampe geschaffen, die Schweinemarkthalle vergrößert worden. Die Kosten betragen ungefähr 650 000 RM. In Vorbereitung sind die Vergrößerung der Schweinefleischhalle; die Kosten zu 140 000 RM. sind bereits bewilligt worden. Die beim Schlachthof ein tretenden Ersparnisse sollen zu Verbesserungen und Erweiterungen verwendet werden.

Fuhrhof

17. Zur Unterbringung der für die Fuhrverwaltung beschafften und noch zu beschaffenden Kraftfahrzeuge wird eine Wagenhalle an der Kronprinzenstraße errichtet. Es werden Räume für 88 Fahrzeuge geschaffen; die Halle ist erweiterungsfähig. Die Kosten zu 535 000 RM. sollen aus Anleihen abgedeckt werden. Mit der Halle wird eine allseitig offene Werkstätte verbunden, die dem Maschinenamt ermächtigt, alle ihm obliegenden Arbeiten an städtischen Kraftwagen, den städtischen Kränen usw. auszuführen. Für den Betrieb des Müllabfuhr- und Straßentrümmersammelwesens wird ein Wohngebäude nötig; diesem wird ein weiteres alsdortiges Gebäude mit 4 Zweifamilienwohnungen beigesteuert. Für diese Wohnungen werden 113 000 RM. vorzubezahlen, die teilweise aus Anleihen, teilweise aus der Wohnungsfürsorgekasse abgedeckt werden.

Industrie- und Industriegelände

18. Im Hinblick auf die veränderte wirtschaftliche Lage wird das Projekt der Erweiterung des Industriehafens um 200 000 qm. an der Kattelerstraße, anstelle des Strohbeckens, dessen Herstellung einen Aufwand von 3 1/2 Millionen Mark erfordern würde, soll lediglich ein Umschlagufer von 700 Meter Länge nördlich der Dillensbrücke herbeigeführt werden, wofür nur 1,6 Millionen Mark erforderlich werden. Fünftausend werden hierüber Verhandlungen mit der Reichsbahn und den Wasserpolizeibehörden geführt.

19. Ein neuer Kran zu 5 t wird im Industriehafen mit 73 000 RM. hergestellt.

20. Im Anschluß an die auf Kosten des Neckarfanalbaues und für dessen Zwecke erfolgende Verbreiterung der unmittelbar unterhalb der Riebbahnbrücke liegende Kanalstraße wird durch Ausdehnung dieser Verbreiterung auf weitere 900 Meter bis zur Mündung des Kanals in den Neckar, sowie durch Beschaffung der Ufer ein Industrie-Verladeufer gewonnen, wofür die Kosten mit 270 000 RM. aus Anleihen bewilligt werden. Die Arbeiten sind im Gange; im Herbst wird mit der Planierung und der Erdarbeiten begonnen werden können.

21. Ein Gebiet von 120 000 qm., geeignet für mindestens zwanzig Betriebe von 5—10 000 qm. Fläche, wird zwischen Rheinbahn und dem Kanalarbeiterhof am 10a, Herrlicher Brunnen der Industrie erschlossen; in der Nähe soll ein Ortsausgangsbahnhof angelegt werden. Für straßenmäßige Aufschließung der Neckarstraße her sind als Teilbetrag des auf 1 1/2 Millionen veranschlagten Gesamtaufwandes 500 000 RM. aus Mitteln des Reichsanfanges 1924 bereitgestellt worden. Die Arbeiten sind im Gange; die Erdarbeiten beendet. Die vorläufige Hoffnung, daß aufgrund damals vorliegender Meldungen anliegende Grundstücke an industriellen Zwecken gerühert werden können, hat sich infolge des wirtschaftlichen Niederganges nicht verwirklicht.

Märkte

22. Die ersten Vorbereitungen für die Errichtung einer großen Markthalle, sei es für Groß- und Kleinhandel, sei es für den Großhandel allein, sind im Gange. Die Grundrißarbeiten der Speisemärkte werden für die Anklammerung eines Fonds hierfür verwendet. Auch die Kollisionslösung, nämlich die Umorganisation des gesamten Markterkehrs, wird bearbeitet.

Sparkasse

23. Für die Sparkasse, die kein städtisches Unternehmen ist, aber doch in ihren Grundlagen mit der Stadt verbunden ist, wurde eine neue Satzung im Hinblick auf die badische Gesetzgebung aufgestellt.

Milchzentrale

24. Um die Milchzentrale fähig zu machen, Milch bis zur Menge von etwa 140 000 Liter täglich zu verarbeiten, ist die Erweiterung der Anlage mit städtischen Mitteln oder entsprechenden Darlehen durchzuführen worden.

Den Schluß des Epitaphs veröffentlichten wir im Abendblatt. Die Heberlicht, so führte Dr. Ruder im Anschluß daran aus, zeigt Ihnen, daß wir aus Steuermitteln sehr viel geleistet haben und daß durch weitere Anleiheaufnahmen, bei denen die Leistungsfähigkeit der Stadt eine bedeutende Rolle spielt, noch viel geschehen kann. Diese Heberlicht soll aber auch Zeugnis ablegen, daß in der Stadterhaltung nicht bloß gefaulenzt, sondern auch gearbeitet wird. (Große Heiterkeit.)

Stv. Dreifuß (Soz.)

stellt fest, daß die kommunistische Partei mit 47 Anträgen den Stadtrat geschlagen hat. Die sozialdemokratische Fraktion wünsche keinen Abbau, sondern Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen. So könne sie nicht der Veranlassung der Kranenhandverpflegungsfähigkeit der 3. Klasse, die am 1. Juli in Kraft treten soll, zustimmen. Für die jugendlichen Erwerbslosen müsse in Bezug auf die Weiterbildung gesorgt werden. Im höheren Schulwesen müsse seine Fraktion mehr Freiheiten fordern, wenn man eine Erhöhung des Schulgeldes in Erwägung ziehe. Im Wohnungswesen sei der Abbau des Wohnungsamtes zu prüfen. Das Vorhaben des Stadtrates gegen die Garantiefondsbesitzer des Nationaltheaters sei laienhaft unklar. Redner rügt, daß am Sonntag die Reichsflagge am Turm des alten Rathauses und am U-Schulhaus zu verweht angebracht worden sei. Er möchte wissen, ob dies auf höhere Weisung erfolgt sei. Den Gemeinden, die nach Mannheim einberufen sein wollten, sollte der Stadtrat möglichst entgegenkommen. Die Erfolge in der Gasversorgung rechne sich seine Fraktion als ein wesentliches Verdienst an, weil sie rechtzeitig entsprechende Anträge eingebracht habe. Es sei zu prüfen, ob die Zahl der Beamten nicht zu groß sei. Es könnten verschiedene Zusammenlegungen von Beamten erfolgen. Seine Fraktion wünsche keine Parteipolitik bei der Beschaffung von Stellen, sondern freie Bahn dem Tüchtigen. Den Etat auszusprechen wie eine Jizone, liege nicht im Interesse der Wirtschaft. Deshalb stimme sie für den haushälterischen Antrag. Seine Partei habe nur das Allgemeininteresse im Auge.

Stv. Dr. Moekel (Ztr.)

wendet sich gegen den Plan, die Umlage zu erhöhen. Es gehe nicht an, die städtischen Referenzen zu verbelmischen; sie gehören in den Etat hinein. Bei aller Anerkennung der Leistungen der Stadterhaltung vermissen man doch die notwendige Sparsamkeit. Kunst ist notwendig, aber sie könne zum Luxus werden. Man verlange vom Theater größte Wirtschaftlichkeit. Wenn das Theater sich über in Sensationen hineinbringen läßt so werde seine Fraktion sich im nächsten Jahre fragen müssen ob man überhaupt noch einen Pfennig bewilligen könne. Der Etat unserer Ober ist zu aufgehäuft, das man nicht wisse, ob man nicht diesen Teil des Theaters als Pensionsanstalt bezeichnen müsse. Den Künstlern müsse zum Bewußtsein gebracht werden, daß auch sie Opfer im Interesse ihrer Existenz zu bringen haben. Die Künstler haben bisher ihre Solidarität nur bewiesen im Zusammenhalten gegenüber der Stadt. Unter diesen Umständen werde eines Tages der Fortbestand des Theaters in Frage gestellt sein können. Seine Fraktion habe den Beamtenabbau als einen Mißgriff betrachtet, denn es arbe nicht an, daß abgedante Beamte 80 Prozent ihres Gehalts beziehen. Das sei eine Ungerechtigkeits gegenüber den Nichtabgedanteten. Es wäre zu wünschen, daß die Stadterhaltung beim Deutschen Städteparlament auf eine Veränderung der diesbezüglichen Bestimmungen hinwirte. Die Antragsanträge seien diktiert aus der Forderung heraus, daß unsere Wirtschaft eine Erhöhung der Umlage nicht zu tragen vermog.

Mannheim hat ein Recht, von dem Reich zu verlangen, daß dafür gesorgt wird, daß die trotzdem darniederliegende Rheinischfahrt nicht völlig zum Erliegen kommt.

Der Rechner polemisiert dann gegen die Bewilligungsbereitschaft der Banken, vor allem auf dem Gebiete der Kunst. Wenn kein Geld da ist, müßte man auch auf die Anschaffung von Gemälden und Kunstgegenständen verzichten. Es geht nicht an, daß dem Krankenhaus 1.800.000 M. Zuschuß gewährt werden. Auf 2,5 Millionen summe geht eine Pflegerperson. Ein Mittel zur Herbeiführung eines Kunstwerks möchte er äußern: 1. Daß den beiden großen christlichen Konfessionen Wohnungen für Hausgehilfen im Krankenhaus bereitgestellt werden. Er halte es für notwendig, daß den Kranken ein Geistesheil zur Verfügung steht. Die protestantischen Glaubensgenossen würden sich über die beiden großen Kirchen freuen. Zweitens verlange keine Fraktion, daß für eine Kapelle zur Verfügung gestellt wird. Auf Jurist von sozialdemokratischer Seite erwidert Dr. Moedel: Wenn Sie Kapellen verlangen, werde ich das mit großer Freude begrüßen. Dann hätten wir ja das, was uns ein. Weiter beantragt Dr. Moedel, den Betrag an aufkommenden Steuern von 5 Millionen auf 5.217.000 M. zu erhöhen. Dafür könne die Rücklage von 400.000 auf 200.000 M. herabgesetzt werden.

Wenn allen Anträgen Folge geleistet würde, könne die Umlage auf 54 Pfg. herabgesetzt werden. In letzter Zeit sind an charitative Vereine 120.000 M. verteilt worden. Bei dringlichen Verordnungen bitte er um mehr Parteilich. In Bezug auf die Verkehrsverhältnisse wünscht Dr. Moedel Einwirkung auf die Polizeiverwaltung, ob es nicht möglich sei, den Radfahrerverkehr von der Breitenstraße ab durch die Nebenstraßen zu lenken. Wollen wir uns, so schlägt der Rechner, leisten bei allen Dingen von der Arbeit zum Volk und zum Vaterland, in dem Bestreben, ihnen eine bessere Zukunft zu sichern.

Oberbürgermeister Dr. Rufer

Bei einigen Zeitungen Dr. Moedels auf. Es ist nicht angeht, den Anteil an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zu erhöhen. Es ist zu befürchten, daß der neue Rechnungsentwurf, der noch festgelegt werden wird, kleiner sein wird. 5 Millionen sind das Maximum, mit dem man rechnen könne, wenn man auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben wolle.

Stu. Moses (D.Vp.):

Ich habe nicht die Absicht, in eine Spezialdiskussion einzutreten, sondern nur etwas zur Generaldebatte zu sagen. Ich befinde mich dabei in der angenehmen Lage, zu sagen, daß das, was mir seit einigen Jahren vergeblich lag, nun etwas klarer und menschlicher Seite bestrahlt wird: der Ruf nach Sparmaßnahmen. Wir haben davon abgesehen, diesbezügliche Entwürfe einzubringen. Wir sind der Auffassung, daß es nicht darauf ankommt, dies oder jenes zu streichen, sondern die Hauptfrage ist doch: können wir uns den Apparat, den wir heute haben und wie wir ihn nach den Ausführungen der Stadtverwaltung brauchen, leisten? Es erscheint uns nicht ratsam, Streichungen vorzunehmen und dadurch auf den Ein zu drücken. Wenn an Kleinigkeiten gespart werden soll, hätte man leicht noch mehrere 100.000 M. herauskriegen können. Aber um an Kleinigkeiten zu sparen, dafür scheint uns der Stadt rat machend zu sein. Wir halten es für richtiger, wenn eine Mehrheit dafür zu erreichen ist, die Beratungen um etwa 6 bis 14 Tage zu verschieben, den es kann so kommen, daß wir Beschlüsse fassen, die vom Stadtrat abgelehnt werden. Diese Schlußfolgerung können wir uns ersparen. Der Hausebesitzer kann sich nicht damit abfinden, je eine niedrigere Umlage zu erhalten und nachher eine hohe. Das gilt auch für Handwerker und Wirtschaft. Wir wären damit einverstanden, daß man zum Ausdruck bringt, die Umlage ist zu hoch, wir stellen unsere Beratungen ein und laden neuen Vorschlägen des Stadtrates entgegen. Wir versprechen uns gar nichts davon, daß hier mit wechselnden Mehrheiten bald der eine oder andere Antrag genehmigt wird. Das erscheint uns nicht billiger. Der Oberbürgermeister hat gesagt, was die Stadt leistet hat und zum anderen, was die Stadt leisten wollte, aber nicht kann. Ein, Dreißig hat gesagt, daß die Umlage ursprünglich mit 97 Pfg. angehängt war, und daß sie schließlich durch Streichung um 31 Pfennig herabgesetzt wurde.

Es ist stets das Prinzip des Reiches und des Staates gewesen, Aufgaben, die sehr viel kosten, den Städten aufzuerlegen und die Erträge der Städte zu drücken. Daran hat sich nichts geändert. Wenn man der Auffassung ist, daß an dem Vorschlag nichts geändert wird, so könnte man sich für 66 Pfg. Umlage entscheiden. Einmal darum, daß nachher nicht Nachforderungen kommen für Dinge, die wir jetzt streifen und die von neuen Bürgerauschüssen genehmigt werden müssen. Man kann jetzt nicht beliebige Streichungen und nach der Neuzeit genehmigen. Dann sollte man lieber jetzt diese Dinge belassen oder aber man muß sich vornehmen, auch nach der Wahl dabei zu bleiben. Wir sind der Auffassung, daß die Frage der eventuellen Herabsetzung der Umlage eine wichtigere ist, als das Eingehen auf die Anträge. Wir wären nicht abgeneigt, die 66 Pfg. sofort zu genehmigen, sofern sich nicht eine Mehrheit findet für eine niedrigere Umlage. Es ist viel von den Referenten der Stadt gesprochen worden. Wir verstehen die Stadt diesmal noch in die Möglichkeit, mancherlei zu tun, was sie nicht tun könnte, wenn wir die Umlage ermäßigen. Das ist einmal die Betriebsverbesserungen mit den umliegenden Orten, damit uns Heidelberg nicht den Rang abläuft und zum anderen eine Ausgestaltung der schulfischen Ver-

hältnisse für die schulfischen Erwerbslosen. Die Zustände in der Gewerbeindustrie sind unheilbar und wenn Ausgaben hierfür in den Vorschlag nicht eingebracht sind, so müssen die Mittel geschöpft werden durch die sozialen Versicherungen, indem an den Bau einer Gewerbeschule herangegritten wird. Dadurch würden auch Handels- und Handelsschule schrittweise entlastet werden. Dann erscheint es notwendig, die Einwohner der umliegenden Ortschaften leichter und besser nach Mannheim heranzuführen, damit unsere Handel- u. Gewerbetreibenden und Kaufleute jede Möglichkeit der Umsichtiger haben. Das ist eine Verbesserung des Verkehrs nach Schwetzingen entweder durch Straßenbahn- oder Autobussverbindung, auch wenn die Linie nicht rentabel ist. Die Rentabilität entsteht durch die Umsichtiger. Das gleiche gilt von der Verbindung nach Sinsheim. Uns erscheint es wichtig zu fragen, ob bei der Aufstellung des Etats Reaktionen übrig bleiben. Diese Mittel, die ja die Stadtverwaltung kennt und mit denen sie rechnen, sind sofort zu benutzen für die beiden Dinge, die ich genannt habe. Am Hinblick darauf wären wir bereit, dem Vorschlag zuzustimmen, ohne einen Abänderungsantrag einzubringen, weil wie uns sagen, daß es nicht ratsam ist, diese Dinge auf diese Weise zu behandeln. Wenn wir aber den Vorschlag genehmigen sollten, sprechen wir damit der Stadtverwaltung unser Vertrauen aus, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Zuschuß für das Nationaltheater fortfällt. Wir können die dort angeforderte Summe ab, weil wir sie bei der Beratung des Nationaltheaters abgelehnt haben. Wir haben das Bestreben, daß die Trümmer, die bisher im Mannheimer Wirtschaftsleben vorhanden sind, durch eine rührige Stadtverwaltung nach Möglichkeit wieder belebt werden und wir möchten die Stadtverwaltung bitten, ihr Augenmerk nach auswärts zu richten, wo man mit Erfolg durch Heranziehung neuer Mittel an den Wiederaufbau gegangen ist. Wir bedauern, daß durch den Ausfall verschiedener öffentlicher Arbeiten die Möglichkeit der Beschäftigung genommen wird. Wir hoffen und wünschen, daß es möglich sein wird, der Mannheimer Not je nach Lage der Verhältnisse schrittweise zu steuern und haben uns demgemäß bei der Bearbeitung dieses Etats bereit.

(Schluß folgt.)

Städtische Nachrichten

Die erste wilde Rose

Ich hörte an einem der vergangenen Abende eines der Kolonialisten, die sich in das Herz des deutschen Volkes ozeanieren haben. Das Fenster stand offen. Eine Madonnenfigur lag auf den Läden eines Fensters. Ich wachte mich auf und sah die Kolonialisten. Ich mußte an die Rosen denken, die jetzt in den Gärten anblühen: es gibt wunderbare Rosenarten. Und siehe, heute habe ich draußen die erste wilde Rose gesehen. Ein Windbüschel aus einem Steinbecken. Wahrscheinlich wie die Wangen eines Kindes, noch erdlos und wunderbar geformt wie aus ungeschliffenem Glas. Roser hat umschwebt die Knote, die sich als erste hervorwagt hat. In der Roser der Blüten, um zu leben, wie schön die Welt ist. O, die Welt ist schön, liebe Knote, wenn du näher darfst. Sie ist schön durch viele unendliche Blüten: sie wird schöner durch dich, Knote. Will die beginnt in die Kolonialisten.

Innerhalb der Rosenwelt am schönsten. Wenn man auch in den Gärten hineinsehen, würde ich hier von eurem Rauber versetzen. Für mich an den Heden leben und den Wanderer arischen, der letzten Schritte vorüber. Ihr wollt mitgenommen sein und frant nicht, wenn ihr ansehnen dürft. Die sollen, reihen Schwestern in den lokal abwechselnden Gärten gehören immer nur wenigen Menschen; dann kommt die Schere des Grüns und nimmt sie weg. Vielleicht trägt sie dann eine schöne, reiche Frau in ihrem Gärten. Eine Heidenrose würde sie wohl verdammen; die wagt an den Hut des Wanderbüschels, der sich aus Taubnebeln pflückt, um den Honig aus den kleinen Nischen zu leeren. Heidenrose erdnen allen.

Soll ich sie brechen? Ich habe sie gebrochen. Es hätte sie sonst wohl ein anderer getan. Warum sollte ich es nicht? Ich schütte die Dornen und auch die Behälter dabei, wenn man erschauern muß, um zu leben. Dann ist sie in meiner Hand aufgehoben, viel zu schnell. Ein Busch hätte sie wohl länger gebraucht. Durch die Wärme meiner Hand entfaltet sie sich so rasch; aber sie ist nicht verweilt, ich habe sie mitgenommen und habe sie verdammt. Ich weiß, daß sie bei in Wasser wohl aufgehoben ist und daß sich zwei blaue Blüten über sie bewachen, weil sie die erste Heidenrose des Jahres ist. Rosen, Rosen, Rosen rot, Rosen auf der Heiden ... A. H.

Die Einweihung des Schöpfungstempels im Film. Trotz strömenden Regens wurde die Einweihung des Schöpfungstempels im Film durch die Mannheimer Deutsches-Film-Gesellschaft geleitet. Der Film gelangt von heute ab von der Mannheimer Kulturkammer (Stadt-Rathaus) zur Vorführung. Gleichzeitig läuft der Film in Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg i. B.

Der Benzliche Männerchor S. V. Mannheim errang am 16. Mai in Ruchloch abgehaltene Preislings in der 2. Stadtklasse den ersten Preis und erreichte gleichzeitig die zweitbeste Gesamtleistung des Tages.

Ausflug im Straßenbahnmuseum. Durch Kurzschluß geriet gestern Nachmittag der Motor eines Straßenbahnmotors in der Brückenstraße in Brand. Die Gefahr wurde durch die um 1.30 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr mit dem Trockenlöcher beseitigt.

Ein jeglicher kann fehlen, wie er aber des Fehlers Folgen trägt, das schiedet den edlen Geist vom gemeinen Geist.

Nationaltheater Mannheim

Gerhart Hauptmann: Rose Bernd

Man pflegt bei Betrachtung des Hauptmannschen Wertes die Rose Bernd in höchste Hochachtung zum Führer Mannheimer zu rufen. Aus zwei Gründen. Man spürt die Verwundbarkeit des naturwissenschaftlichen Geistes und erkennt in beiden die überliche schuldhaftige Vollendung künstlerischer Leistung. Wie Recht, gewiß. Aber es ist nicht nur Gemütskomplex da. Es ist auch Trennenes nicht zu verkennen. In der viel sicherer in den Händen als in der Rose Bernd gelübten Technik liegt ein fremder Qualitätsunterschied, der nicht übersehen werden kann. Woher nach stärker ist der dichterische Qualitätsunterschied. Die Rose Bernd beliebt zu sehr dem Sentimentalen verhaftet. Es fehlt die Dignität zum Stofflichen. Dieses Drama ist im letzten Grunde dem bürgerlichen Schauspiel ortswort. Das persönliche Wirkungsgefühl des Mannischen Hauptmann ist nicht durchweg ins künstlerische erhoben. Der Geschehnisse Gerhart Hauptmann portiert wie in dem Prozess, aus dem ihm dieses Schauspiel erwuchs, für Freisprechung der Rindsmörderin auch in diesem Drama. Auf eine parodische Formel gebracht: die Rose Bernd ist ein naturalistisch verstofftes Delfinstück — allerdings von einem Dichter geschrieben!

Aber sonst bleibt nicht: Seine Wirkungen lassen sich in erster Linie aus dem Stofflichen her, und dieses Stoffliche wirkt in erster Linie auf Gefühl und Gemüt. Unter Mittel wird für ein ziemlich zufälliges (wenn auch alljährliches) Einzelstück in Anspruch genommen. Der Mensch aber ist, wie Paul Heyder es in seinem Hauptmannbuch formuliert: ein Stück flüchtiger deutscher Geschichte, das heute kein dokumentarischer Wert hat.

Wemals sind in der Rose Bernd die Ansätze gemacht, über den bürgerlichen Stofflichen hinaus die Dichtung auf allgemeinen Menschlichen auszuweiten. So wenn in verschiedenen Personen das Gefühl von der Verknüpfung jeder Kreatur ausdrückt, so wenn, wie eine Antwort auf die Frage der Rose Bernd „es hat ein' ter' Mensch ne gemacht' in August Reil die Erkenntnis von wahrer Liebe über das Begreifen hinaus aufblühen. Aber es bleibt bei den Ansätzen. Das Drama wird dadurch nicht aus der Stofflichen Se- und Verknüpfung herausgerissen.

Wem die dichterischen Einzelheiten auch Meles Wertes sich offenbaren, ist nicht nötig in Einzelheiten zu sagen. Es sind immer bei Hauptmann wiederzuerkennen: eine charakteristische Kraft der Charakterisierung und Individualisierung, eine außerge-

wöhnliche Kraft der stimmungsmäßigen Verdichtung einer Szene, die Kunst der Melodieführung in den Reden der einzelnen Personen. Und die menschliche Wärme, mit der die Einzeligen, Lebenden, Gequälten umhüllt sind. Dooon sind wir heute wie je ge- seht. Aber wir sind auch empfindlicher geworden gegen die Wärme, die Bereden, gegen die gerade in der Rose Bernd nicht ganz glückliche Gewissensüberzeugung, wodurch Lebensfaktisches statt überbe- trübend schmerzhaft gemacht ist, gegen das Andramatische. Es wird Gode der Regie und der Darstellung sein, uns darüber hin- wegzuheben.

Lot das die Regie des Herrn Dr. Krufe? Es ist nicht unbe- dingt zu verkennen. Er trieb jedenfalls in den Szenen, die an überaus Gesehen reicher sind, zu fröhlicher theatralischer Dor- stellung; er überließerte sie vielleicht gegenüber dem übrigen er- zählenden. Immerhin spricht dieser Umstand für Theaterkunst. Er fand etwas- teils für den vierten Akt ein wirksames Bild und Bild des Tempus. Im Ganzen war eine sorgsame Durcharbeitung jeder Szene erkenn- bar. Aber: das Zusammenfallen der Einzelheiten zur Einheit ist ihm nicht gelungen. Die Welt gerieten in Einzelheiten, weil Wesentliches gleichbedeutend neben Unwesentlichem stand. Es war auch nicht gelungen eine einheitliche Sprachmelodie einzubringen. (Wom Rheinischen aus ein es fühllich durch ganz Deutschland bis nach Österreich.) Bedenklicher aber ist, daß es dem Schöpfer nicht möglich war, dem Darsteller des August Reil, Anton Gougl, im letzten Akt zu jener Steigerung zu verhelfen, die diese Figur ganz groß werden läßt. Jener Augenblick, da sich dieser gottesgütliche Zuschauer von dem zeitlich-ethischen alten Bernd, den Kai- mar mit den sicheren Mitteln seiner sicheren Darstellungskraft zu einem höchstigen Eiferer macht, löst sich und wagt sich heilig und Gebenoll wird, ein solt wirkungslos vorüber. Eine Enttäuschung blieb aus. Und überdies war mit Hildegard Grete, Jans Rose Bernd war von Anfang an eine gebiete Kreatur, von Anfang an hatte sie die Wesenheit der Jans. Diese Augen, die schon irgend etwas sehen, was gar nicht da ist. Von Anfang an eine Stimme, die geräuschen Klang. Auch in Rose ist doch Unmög- lich. Das trübe grüne Bandmädchen wird erst allmählich in Beziehungen hineingeführt, denen es nicht gewachsen ist. Es ist nicht von Anfang an schon sträubt. Es scheint außerdem nicht, als ob diese Darstellerin für Rollen wie die Rose Bernd vorbestimmt ist. Man hat ihr, die mit nächster Spielzeit in den Verband des Nationaltheater treten wird, wohl seinen Dienst erwiesen, sie darin erstmals herauszufallen. Wenn man über Dinge wie eine ent- schwindend menschliche Sprechweise (es war nicht der Dialekt!) auch hinweg sieht, so bleibt es empfindlicher der Mangel der Innerlichkeit. Oder sollte Hildegard Grete nur jeder Sentimentalität ausweichen und lang sein anderes Mittel? Man wird andere Rollen

Vereinsnachrichten

Die freiwillige Sanitätskolonne Waldhof hielt am Dienstag frühzeitig anlässlich des vergangen. Winterkriegsdenkmal die Schlagsprüfung ab, die mit einer Übung verbunden war. Die Aufgabe der Übung, die vom Kolonnen-Vorstandem Peter im Einvernehmen mit der Bahnverwaltung ausgearbeitet wurde, bestand darin, daß am Güterbahnhof Waldhof um halb 12 Uhr ein Eisenbahnzug ankommen wurde. Infolge falscher Anweisung fuhr ein Personenzug an einen stehenden Güterzug. Es wurden 2 Wagen heider Züge ineinandergefahren, wobei eine große Anzahl Personen teils leicht, teils schwer verwundet wurden. Die Bahnverwaltung sah sich genötigt, sofort die Sanitätskolonne zu alarmieren, die innerhalb 10 Minuten mit 21 Mann an der Unfallstelle erschien. In einem Zeitraum von kaum einer Stunde hatte die Mannschaft unter dem Kommando des stellvertretenden Kolonnenführers Fint 21 Verletzte, davon 9 schwer, mit Verbanden versehen und nach dem Verbandsplatz transportiert. Dort begünstigte Kolonnenarzt Dr. med. Peters die Verbände und nahm anschließend den theoretischen Teil der Übung vor, der von vollen Zufriedenheit der Zeitung ausfiel. Es fand anschließend eine Kritik statt, die sehr gutbedeutend lautete. Erwähnt sei noch, daß bei der Übung beim deren Befähigung betreteten in dem der Eisenbahnverwaltung Regierungsbaurat Rau aus Darmstadt, sowie das Verwaltungspersonal des Bahnhofes Waldhof. Die Sanitätskolonne Redarm als Gast erschienen. Die verletzten Verletzten waren Mitglieder des Turnvereins 1877 e. V. Waldhof. Vonens zu beachten ist noch, daß die Sanitätskolonne Waldhof beabsichtigt, in nächster Zeit eine Rettungsmannschaft auszubilden. Es ist besonders den jungen Leuten zu empfehlen, daß sie sich hierzu melden.

Kommunale Chronik

3 Friedrichstraße, 17. Mai. Ueber die jüngste Gemeindevor- sichtigung ist zu berichten: Anstelle des Gemeindevorstandes rückt der Beamte Christian Gorch in den Bürgerausschuß ein. — Der Gebäudesonderberufliche für 1926-27 wird unter Berücksichtigung der vorliegenden drei Beschwerden festgesetzt. — Die Verordnungen der Gemeinde wird ab 1. April neu geregelt. — Der gemeindefürsorgliche Materialbeschaffung für den Handarbeitsunterricht zu Hilfe der Schülerinnen im Schuljahr 1926-27 wird zugestimmt. — Die Lieferung eines Straßenpompwagens wird der Firma A. Kallisch & Co. Lim a. D. zum Angebot übertragen. — Rud. Jung wird gegen eine Tage von 10 M. vom Feuerwehrliftdienst befreit. — Der Haushaltungspian für das Rechnungsjahr 1926-27 wird zugestimmt. Die zur endgültigen Feststellung der Steuerrollen und der Umlage kommt zur Verteilung des umgebenen Kaufmanns gemäß Protok. 19. Abf. 2 und Protok. 20. Abf. 2 des Grund- und Grundbesitzsteuererlasses eine vorläufige Vorauszahlung von 20 Pfg. von je 100 M. Steuerwert des Betriebes- und Wirtschafts- schaftsbereichs zur Erhebung. Dem Bürgerausschuß wird hierzu wegen Vorlage ersattet.

Neudachhofheim, 14. Mai. In der jüngsten Bürger- sichtigung wurde beschlossen: 1. Die Aufnahme eines Darlehens bei der Fürsorgekasse Karlsruhe in der Höhe von 5000 M. zur Abzahlung an die Spar- und Leihkasse hier. 2. Der Verkauf eines Grundstückes im Gemann Joh an Anton Schöck in Höhe der Festsetzung einer Steuer. 3. Eine Zuschussleistung an die Eigentümer der Neubaus an der Heimbühlstraße für die Einleitung der elektrischen Beleuchtung. 4. Zum Gemeindevorstand für 1926/26 wurde die Genehmigung erteilt, nach dem auf 100 M. Steuerwert 60 Pfennig erhoben werden sollen, also eine Nachforderungsumlage von 15 Pfg., die durch die Zeitverhältnisse nicht zu umgehen war.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai

Table with 2 columns: Rhein-Regel and Mosel-Regel. Rows for different dates (7, 8, 11, 12, 15, 18) and locations (Waldhof, Sinsheim, Sinsheim, Sinsheim, Sinsheim, Sinsheim).

CERESIT advertisement. Text: CERESIT macht nasse Keller feuchte Wohnungen garantiert staubtrocken. WUNNER DER BITUMENWERKE G.M.B.H. UNNA I.W.

Theater und Musik

Shakespeares „Timon“ im Prinzregententheater zu München. Es ist nicht ohne Grund, daß die unter Shakespeares Namen bekannte Tragödie „Timon von Athen“ so selten aufgeführt wird. Ist das Werk doch in der uns vorliegenden Form aus dem breiten Laie fremden Ursprungs. Dazu kommen starke Anzeichen an Kaffische Vorbilder (Plutarch, Plutarch). Das wird nun aber an sich noch kein Grund sein. Aber das Stück ist von einer gewöhnlichen Reichheit in der grandiositätstheoretischen und phantastischen Einbildung. Es gibt ein Schauspiel von Verwirrung, Wut, Bitterkeit und Unendlichkeit, und im zweiten Teile eines von Wut, Schrecken und Angst. Man kann die Dinge aber so, daß unter Wut, Schrecken und Angst nur dann erweckt, wenn wir selber mit ihnen können. Die Bearbeitung von Hans Hahn hat das Stück recht gut in sich zusammengefasst, durch gewisse Operationen die Hauptrollen wieder auf neu gebracht und auch die barocken Elemente des Stückes nach Möglichkeit unsichtbar gemacht. Dieser Timon ist los und nicht an einen Ort gebunden. Wenn er vielleicht bewogen gewühlt worden, weil die Unendlichkeit der oben erwähnten Phantastik zu einem historischen Ereignis gemacht ist. Die Phantastik zu ragen, unter der Leitung von Hans Hahn wieder die Phantastik können, wohlgerundeten Bildern. Wie Rosen haben oben erwähnt, sogar die Soldaten des Alibi haben einen Sinn für einen dichten-motivierten Aufmarsch. Alles war wieder sehr schön arrangiert. Die Darstellung hatte fast die ganze unendliche Phantastik unter unserer Gegenwart auf die Bühne gebracht. Die Phantastik hatte sie sich nicht. Vermutlich habe man ein Stück „Timon“ in der Kammer spielen. Den Timon spielte Hans Hahn, trotz Aufwand aller dichterischer Mittel, unheimlich menschlich nahe bringen zu können.

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Dem Süddeutschen Holzmarkt

Das Angebot am Rundholzmarkt war in der letzten Zeit nicht sehr groß; es konnte fast alles zu 115-125 v. H. der Landesgrundpreise untergebracht werden. In einzelnen erzielte in Baden Bauholz 110-115, Nadelholz 105-120 v. H., Papierholz allerdings 131-150 v. H.; Spanen wurden mit 115 v. H. bezahlt; in Württemberg erzielte Nadelholz 105 bis 122 v. H. Bei den letzten Holzpreisen in Bayern erfolgten in Oberbayern Zulagen in Föhren zu 89 v. H., in Fichten und Tannen zu 95-105 v. H. der Landesgrundpreise; in Niederbayern erzielten Föhren 105-115 v. H., Tannen 110-120 v. H.; in Mittelbayern freihändiger Föhren- und Tannen-Verkäufe 121,5 v. H.; in Oberbayern ein Freihänderverkauf von Fichten- und Tannen-Holz 132 v. H. der Landesgrundpreise; für entrindetes Papierholz 1.-3. Klasse erzielte ein oberbayerisches Holzamt 130,9 v. H. der Landesgrundpreise. Die Produktion der Holzware wurde weiter eingeschränkt; es sind demnach nirgends übermäßige Lagerbestände, auch wird nur das Dringendste gefaßt. Es will keine Bewegung in das Geschäft kommen und man ist jetzt schon auch für die nächsten Wochen sehr pessimistisch. Die Preise am Brettermarkt sind außerordentlich uneinheitlich. Während z. B. das eine Werk für 1. Breiter schrittweise auf 43,00 M per Kfm. ab Oberbayern herausgibt, verkauft das andere Werk bei persönlicher Unterhandlung mit feinen Umrechnern schon zu 53,00 M per Kfm. frei Bogen Rheinlande. Wahgebende Holzpreise, die mit den Rundholz-Preisen in Einklang zu bringen sind, gibt es nicht mehr; es hängt eben alles davon ab, wie der Kunde die Bezahlung vornimmt. Die Preisunterschiede zwischen Rohware und längerem Ziel der Bezahlungsbedingungen betragen bis 6-8,00 M per Kfm. W-Bord 1" 18" 5"-12/14", 8" D.-B. mit 5 v. H. Verzicht, wurde zuletzt waggonweise mit 43,00 M per Kfm., W-Bord 1" 16" 8"-12/14", 10" D.-B. mit 5 v. H. Verzicht und 5 v. H. W-Bord 5/4" 16" 8"-12/14", 10" D.-B. mit 5 v. H. Verzicht zu 45,00 M per Kfm., Schäl- oder Riten-Bord, 15 W-Meter, 18" 16", mit 90 v. H. Verzicht zu 35,00 M per Kfm., waggonfrei 22% Traumstein in verlobetroffenen Material angeboten.

J. S. Hammerstein u. Co. in Osnabrück

Bekanntlich verteilt die Gesellschaft für das G.-J. 1925 aus einem Reingewinn von 2.061.711 (2.064.182) RM, eine Dividende von 85 (7) v. H. auf das 25,1 Mill. RM. betragende Aktienkapital. Bei 861.649 (824.202) RM. Abschreibungen werden aus dem Reingewinn auf die Vorrechteaktien 6 und auf die Vorkontingenzaktien 6 v. H. ausgeschüttet, insgesamt 862.800 (424.100) RM. zurückgestellt und 363.814 (363.725) RM. vorgezogen.

Der Geschäftsbericht führt aus, daß der Geschäftsgang in den ersten neun Monaten durchschnittlich gut gewesen sei, aber wegen Mangel an Rohmaterialien war es immer noch nicht möglich, die Bestände voll in Gang zu bringen. Im vierten Quartal hat die allgemeine Wirtschaftslage auch auf die Textilindustrie übergewirkt. Lieferungen ins Ausland hätten nur in kleinem Umfang zu Veräußerungen ausgeführt werden können. Das Ende dieser Krise sei noch nicht zu erkennen.

Die im Ausmaß von 6 Mill. Stammmarkten genehmigte Kapitalerhöhung ist für 5 Mill. durchgeführt, ebenso die Umwandlung der Vorrechteaktien auf 0,8 Mill. Durch Part-Veräußerung der von der Deboag zur Verfügung gehaltenen 1,8 Mill. Vorkontingenzaktien ist die Reserve von 1,01 auf 2,84 Mill. RM. gestiegen.

Nach Aufnahme der Zusammenarbeit zwischen der Hammerstein- und der Dierig-Gruppe habe sich unter dem Einfluß der veränderten Verhältnisse ein so enger Zusammenhalt, wie er im Vertrag niedergelegt war, nicht als notwendig und zweckmäßig erwiesen. Die Zusammenarbeit erfolge in loser Form.

Nach der Bilanz (in Mill. M.): Schulden 11,41 (7,68), d. h. Vermögensgegenstände 17,56 (9,26), Vorräte, vorzüglich demerit 4,73 (4,47), Wertpapiere und Beteiligungen, darunter das Aktienkapital der Niedersächsischen Deboag, Deutsche Baumwollspinnerei u. G. 5,5 (5,36), sonstige Mittel 0,06 (0,31). Veräußerungen haben sich hauptsächlich durch künftige Lieferungen der bisher gepachteten Betriebe der Spinnerei Nieba von 9,93 auf 10,25 erhöht.

Ausdehnung der J. G. Farbenindustrie

Die Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG. in Frankfurt a. M. übernimmt nunmehr auch die Farbwerke Mülheim vorm. A. Leunhardt u. Co., deren 2,70 Mill. M. betragendes RM. sich in der Hauptsache im Besitz der Leopold Cassella u. Co. G. m. b. H. in Frankfurt a. M. befindet. Dieses je 3000 M. Aktien von Mülheim werden 2000 M. Aktien der J. G. Farbenindustrie AG. gewährt.

Im Hinblick auf die Wasserkräfte, monach die J. G. Farbenindustrie AG. zwischen Steinbohlenwerk und dem Braunfelswerk eine große Kohlenverwertungsanlage plant, ist eine Verbindung der Chemier-Gr. von Interesse. Danach ist die Frage einer industriellen Wassererzeugung von Calcium- oder Benzolnaphthalin technisch soweit gelöst worden, daß an die Errichtung bedeutender Produktionsstätten gegangen wird. Man dürfte erwarten, daß in etwa zwei Jahren 250.000 bis 300.000 T. neuer deutscher Erdölminen auf den Markt kommen.

Die 5 v. H. Dividende der Schnellpressenfabrik Frankenthal AG. a. M. Der RM. beschloß, der auf 10. Juni einzuberufenden G.M. die Ausschüttung einer Dividende von 5 v. H. (5 v. H. v. H.) für das Geschäftsjahr 1925 in Vorschlag zu bringen, wobei sich der Gewinnvortrag gegenüber dem Vorjahr um 91.000 M. erhöht.

Die 6 v. H. Dividende bei der Seife Lubinghülle zu Wimpfen u. M. Der G.M. am 3. Juni soll nach der G. S. B. entprechenden Rückstellungen und Abschreibungen die Ausschüttung einer Dividende von 6 (9) v. H. vorgeschlagen werden.

Die 10 v. H. Dividende der Siedewasser-Gründer AG. Das Unternehmen berichtet, daß es von größeren Verlusten aus der Insolvenzenlei verschont blieb. Der Ausbau des Werkes beantragte noch größere Ausbauten. Die Brauerei arbeitet befriedigend und der Ausschlag konnte sich heben. Das Unternehmen wendet sich gegen die in Süddeutschland ungeschickliche Politik der Geldhergabe an die Reichsbank. Das Vorkontingenzgeschäft entwickelte sich normal, während der Mühlendirektor von der bekannten Entwicklung des Mühlengewerbes abhing. In Nahrungsmitteln und Spirituosen ist bei starker Lieferproduktion eine starke Einschränkung des Verbrauchs zu verzeichnen. Die Beteiligung an den Stettiner Spirituosen, den Reichlichen Spirituosen in Danzig und an der Lubaner Heidefabrik gab zeitweiligen Gewinn. Die Beteiligung an Fabrique d'Alcane de Goux et Alcool in Strasbourg wurde mit Nutzen abgetreten. Der Betrieb überführt hat sich von 253 auf 229 Mill. M. erhöht, wozu noch 30.210 M. Vortrag traten. Die Verluste beanspruchten 1,53 (1,69) Mill. M. für Abschreibungen sollen 209.475 (210.230) M. verwendet werden, so daß noch 20.000 M. RM. Verzicht ein Vorkontingenz von 121.003 M. verbleibt. Aus der Bilanz: Grundstücke 1,82 (1,899) Mill. M., Fabriken u. Gebäude 4,09 (3,63), eigene Beteiligungen 2,48 (2,47), sonstige Beteiligungen 1,01 (0,82), Wertpapiere 1,21 (0,72), Beteiligungen 0,59 (0,58), Wertpapiere 2,099 (2,25), Vorräte 5,29 (4,96), Kassenbestand 3,09 (1,67), demnächst 13 RM. und 1,3 Rücklage 1,71 Hypothekendarlehen, 0,34 Darlehen und 4,93 Mill. M. Verpflichtungen gegenüberstehen.

Die 10 v. H. Dividende der Transportversicherung-Gesellschaft zu Heilbronn. Trotz der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft, konnte die Versicherungsbranche des Jahres noch überdauern werden, was auf die Erweiterung des Geschäftsbereiches und der Organisation zurückzuführen ist. Die RM.-Erhöhung auf 2 Mill. M. ist durchgeführt. Die Entwicklung der Geschäfte im laufenden Jahre kann als normal bezeichnet werden. Aus 77.005 M. Reingewinn werden mit 123,8 M. für Rückstellungen für Körperschaftsteuer verwendet und 123,8 M. vorgezogen. Nach dem Rechnungsabluß weisen die Bilanz u. a. aus: Prämien und Bottegebühren aus 1924 175.000, Stufen 21.197, Prämien und Bottegebühren 1.628.528 M.

Die Wirtschaftskrise in Italien

Gründe und Hintergründe des Staatssturzes

Von unserem römischen Korrespondenten.

(Rom, 15. Mai.)

Der plötzlich eingetretene scharfe Sturz des italienischen Wechselkurses beleuchtet blickartig die seit Wochen aufs höchste gespannte Wirtschaftslage Italiens. Seit dem Sommer des vorigen Jahres war bekanntlich mit Hilfe eines amerikanischen Stützungs-kredits von 50 Millionen Dollar, der im November auf 100 Millionen erhöht wurde, der Kurs der Lira auf der Basis von 120 bis 121 Lire für das englische Pfund stabilisiert worden. Wir haben an dieser Stelle wiederholt auf die entscheidenden Folgen dieses Schrittes für die italienische Wirtschaft hingewiesen und die eingetretene Krise bereits im Herbst vorausgesagt. Den jetzigen Zusammenbruch der Währungsposition würde man aber nur dann in seiner ganzen Wichtigkeit darzustellen können, wenn man den organischen Zusammenhang einer Reihe eminenter politischer Maßnahmen und Direktiven der letzten Monate mit der Beendigung der Inflation aufzeigen könnte. Es sei hier nur auf die wichtigsten Zusammenhänge der Arbeiterverordnungen hingewiesen, die dem nach jeder Stabilisierung aufzuwerdenden Lohnproblem begegnen sollte, sowie auf die seit jener Zeit besonders hervorgetretenen außenpolitischen Annäherung an die angelsächsischen Länder, mit deren Krediten man die Stabilisierungskrise zu überwinden gedachte.

Den direkten Anstoß zu dem jetzigen Staatssturz dürfte die Aktion der Bank von England während des britischen Generalstreiks gegeben haben, die zur Stützung des sterlingkurse große Beträge fremder Währungen auf den Markt warf. Zunächst begegnete Italien diesem Schlag, indem es wie bisher seinerseits fremde Devisen vertauschte — es soll sich darunter eine erhebliche Summe französischer Franken befinden haben —, doch mußten die Anforderungen größer gewesen sein, als der aus dem Morgankredit noch übrig gebliebene Betrag. Und überhaupt ist die ohnehin Aktion wohl mehr der äußere Anstoß gewesen, der die ohnehin schwankende Währung ins Rollen gebracht hat. Die wirklichen Gründe liegen in der außerordentlichen Verschlechterung der italienischen Wirtschaftslage.

Das Defizit der Handelsbilanz ist seit dem Herbst dauernd gewachsen, und die sonst ausgleichenden Deviseneinnahmen (Fremdeinlagen, fremde Rechnung, Fremdenverkehr, sind weiter zurückgegangen. Eine Analyse des Außenhandels ergibt, daß die Verschlechterung ebenso auf das Konto des Exports — vor allem in Automobilen, Textilien, Kunststoffe — wie auf des Imports — hauptsächlich in Textilien und Industrieprodukten — zurückzuführen ist. Die Steigerung der Einfuhr ist nun zweifellos, analog der Entwicklung in Deutschland im vorigen Jahre, größtenteils nur der Ausdruck der Preissteigerung der Auslandsgüter; aber eine kurze Rechnung ergibt, daß diese Auslandschritte eben nicht hoch genug waren, um das Defizit zu decken: 1924 betrug der Importüberschuß rund 5 Milliarden, 1925 rund 7,9 Milliarden Lire. Selbst wenn die Kosten des „unlöslichen Exports“ genau so hoch geblieben wären wie im Vorjahr, bliebe ein neu zu deckender Rest von rund 3 Milliarden, gleich 120 Millionen Dollar. Das ist aber der ungefähre Gesamtbetrag der italienischen Auslandskredite. Die in den ersten Monaten des laufenden Jahres weiter steigenden Importüberschüsse sind also nicht gedeckt, und mußten auf die Dauer zu einer Verschärfung der Währung führen.

Zu dem kommt, daß infolge der außerordentlich schwierigen Lage der Exportindustrien seit einiger Zeit von dieser Seite fürwährenden Versuche unternommen werden, die Regierung zur Aufgabe ihrer Stabilisierungspolitik zu veranlassen. Wie mächtig dieser Wunsch der Industriellen bereits geworden war, geht u. a. daraus hervor, daß dieser Tage sogar in einem Blatt, das als absolut regierungstreue gilt, dem „Messaggero“, in

einem Leitartikel die Erweiterung der Kreditbasis, Herabsetzung des Diskontsatzes und Vermehrung der Zahlungsmittel gefordert wurde; und daß sich das Blatt über die notwendigen Folgen dieser Forderung klar war, geht aus folgenden Sätzen hervor: „Man betrachte die sogenannte Inflation, ohne sie mit den notwendigen Unterbindungen zu analysieren, als eine Gefahr...“

Die Situation in der italienischen Industrie läßt sich nach unsern Informationen etwa so überblicken: Der enorme Ausbau der Produktionsanlagen war jahrelang durch die Geldentwertung und im Zusammenhang damit durch die hohen Zinsen des Exports finanziert worden. Seit der Stabilisierung, die eine scharfe Restriktion der Kredite, einen Rückgang des Sparkapitals, eine Erhöhung der Zinssätze zur Folge hatte, wurde die Finanzierung immer schwieriger. Eine Anzahl wichtiger Industrien sind in ernste Schwierigkeiten geraten. Nach einem gestern ausgegebenen Bericht der offiziellen „Agentur Italia“ leidet die Seidenindustrie unter den schwachen Preisen des Weltmarktes, die Textilindustrie, insbesondere die Wolllandfabriken, verzeichnen einen scharfen Auftragsrückgang, sehr schleppenden Eingang der Zahlungen und wachsende französische Konkurrenz; in diesem Gewerbebezirk hat man bereits zu Betriebs-einsparungen schreiten müssen. Dasselbe ist in der wichtigen Hutindustrie der Fall, deren Depression in der Strohhutverzeugung bereits zu größeren Stilllegungen von Fabriken geführt hat. Die Glas- und keramische Industrie liegt schwach, die Automobilindustrie arbeitet bei sehr schlechtem Auftragsgang und steigenden Schwierigkeiten kaum normal. Charakteristisch ist besonders, daß in der erwähnten offiziellen Information, wie auch schon vor einigen Tagen an anderer offizieller Stelle, die Kunstseidenindustrie als notwendig bezeichnet wird und sogar für die Industrie, die noch vor zwei Monaten einen höchst optimistischen Jahresbericht publiziert hat und ganz kürzlich tiefste Neubauten vorgenommen hat, Hilfsmaßnahmen der Regierung angefordert werden.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung, und als Folge der außerordentlichen Kapitalknappheit, sind die Aktienkurse an den italienischen Börsen noch vorübergehender Erholung nach der Stützungsaktion der Regierung wieder scharf zurückgegangen. Der Index der Wertpapiere, der von 147,3 Ende Februar auf 154,6 Ende März gestiegen war, sank Ende April auf 148,6, d. h. auf den niedrigsten Stand seit der Waise von 1924.

Die offizielle Version, daß die Wirtschaftskrise nur die Folge der in der ganzen Welt herrschenden schlechten Wirtschaftslage ist, dabei ganz unbegründet, denn die Hauptfaktoren der Weltkrise, die Überproduktion an Kohle und Eisen, sowie die Folgen der Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedensproduktion, treffen Italien überhaupt nicht. Richtiger ist schon der Hinweis auf das Dolosa-Dumping der französischen Industrie infolge der Frankenschwäche. Aber es kann kein Zweifel sein, daß die wichtigsten Gründe der Krise durchaus in Italien selbst zu suchen sind.

Das englische Pfund ist in diesen Tagen von 120,9 auf 136 Lire gestiegen. Diese neue Entwertung der Lira, von der natürlich noch nicht abzusehen ist, ob sie weiter gehen wird, oder ob es der Regierung mit Hilfe neuer Auslandskredite gelingen wird, sie aufzuhalten, wird jedenfalls eine Entspannung der wirtschaftlichen Lage hervorruft. Allerdings ist abzuwarten, wie schnell sie sich in weiteren Preissteigerungen im Inland und im Zusammenhang damit in sozialen Schwierigkeiten äußern wird. Die für eine wirkliche Geländung der italienischen Wirtschaft unermessliche Einschränkung der Produktion mit ihren bekannten Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt kann durch die neue Geldentwertung nur hinausgeschoben, nicht umgangen werden.

Deber, Callier, Kohler, Chocolats Sulfes S. M. in Devoy, nach dem Geschäftsbericht war 1925 für die schweizerische Schokoladenindustrie befriedigend. Der Umsatz konnte gesteigert werden. Bei einem RM. von 35 Mill. belief sich der Reingewinn auf 23.424.333 (21.926.635) Fr., der Reingewinn auf 3.215.683 (3.231.477) Fr. Die Dividende wurde wieder auf 8 v. H. festgesetzt.

Devisenmarkt

Befferung der Lira

Die Schwankungen der Wechselkurse haben sich auch zu Beginn der Berichtswochen in starkem Maße fortgesetzt. Auf träge Intervention hin konnte sich der Kurs im Laufe des gestrigen Tages nach einem Tiefstand von 150 gegen London auf 132 befestigen, nachher wieder 133, was einem RM.-Kurs von 15,35 entspricht. London-Paris schließt schwächer mit 116 1/2 (160,75), in RM. 12,60 (12,70). Sehr schwach liegt der belgische Franken mit 168 1/2 nach 160 1/2 gegen London, in RM. 12,30 (12,675). Von nordischen Devisen ist Kopenhagen beachtenswert, das international weiterhin fest liegt mit 110,50 (110,60) in RM. gegen London 18,50 (18,55), London-Delo 22,45, in RM. 91,05 (91,00). Sehr fest und über Goldparität liegt das englische Pfund mit 456,75 gegen Kabel, was einem RM.-Kurs von 20,44 entspricht (Goldparität 20,43). Der japanische Yen 198,20 (197,20). Die anderen europäischen Devisen sind nur geringfügig verändert.

Mannheimer Produktenbörse

Die Kurse verstehen sich per 100 Kilo netto waggonfrei Mannheim plus 5% zahlbar in Reichsmark.

Milchliche Preisnotierungen vom 17. Mai 1926.

Weizen inländ. neuer	20,50-23,50	Roggenmehl mit Sac	29.—31.—
ausländ.	20,50-23,50	Weizenmehl mit Sac	9,55-9,50
Roggen inländ. neuer	20,50-23,50	Trodenstuber	14,75-15,25
ausländ.	20,50-23,50	Rohmehl	8,75-9.—
Brau-Getreide (neu)	20.—27,50	Maltenmehl, laß	9,50-9,75
Hafer	18,25-19,50	Maltenmehl	—
Hafer inländ.	20,50-21,75	Luzerner-Kleeheu laß	10.—10,50
ausländ.	19,50-24.—	Preß-Stroh gepreß	4,80-5,10
Rais gelbes mit Sac	17,75-18.—	Gebundenes Stroh	4,20-4,70
Weizenmehl Speis 0	42.—42,25	Kaps mit Sac	—
Weizenmehl Speis 27	—42.—		

Verteilungspreise für die 1. Hälfte Mai 1926. Weizen, ausländischer 28,50 M, Hafer, ausländischer 18 M, Gerste, Braugerste, ausländ. 22,75 M, Futtergerste 17 M, Rais, gelbes mit Sac 15 M, weiß, Rotalma, 17 M.

Berliner Metallbörse vom 17. Mai

Breite in Festmark für 1 Kg.		14.		17.	
Aluminium	131 1/2	132.—	Aluminium	14.	17.
Kupfer	—	—	in Barren	2,40-2,50	2,40-2,50
Zinn	—	—	ausl.	—	—
Wismut	—	—	in Barren	—	—
Antimon	—	—	ausl.	—	—
Gold (St. Berl.)	6,85-6,88	6,40-6,50	Wismut	2,40-2,50	2,40-2,50
Platin	5,88-5,95	5,90-5,95	Antimon	1,85-1,90	1,70-1,80
Nickel	2,35-2,40	2,35-2,40	Silber für 1 G.	64,2-60,2	60,7-60,7

London, 17. Mai Metallmarkt (RM. 100 l. d. eng. l. v. 1010 Kg.)

Kupfer	14.	17.	Zinn	14.	17.
Wismut	57.—58,90	61,75-61,75	Antimon	22,50	22,75
Gold	57,90-57,75	57,75	Quecksilber	15,20	15,25
Platin	63,25-63,25	63,25	Regulus	—	—

Frankenmarkt in Duisburg-Ruhrort vom 17. Mai

Das Geschäft an der heutigen Börse war gegen die Vorwoche wesentlich stiller. Infolge des großen Beerausangebots konnten sich die fetterigen Frachten, sowohl zu Berg wie zu Tal nicht halten. Die Bergfracht ging um 20 Pfg. per Tonne, die Talfracht um 10 Pfg. per Tonne zurück.

National-Theater Mannheim
 Dienstag, den 18. Mai 1926
 28. Vorstellung, außer Mietz Nr. 74
 2. Geschlossene Vorstellung für die
 Theatergemeinde der Freien Volkshäuser:
 28. 31-72, 101-124, 166-180, 251-300,
 300-550, 626-648, 687-741, 852-900,
 1052-1050, 1082-1150, 1365-1400,
 4101-4150, 4201-4250, 4576-4596,
 4832-4850, 4981-4999, 5011-5101,
 5601-5673, 6001-6024.

Madame Butterfly
 Tragische Oper in drei Akten von L. Illica und
 G. Giacosa.
 Deutsch von Alfred Brüggenmann,
 Musik von Giacomo Puccini
 Spielleitung: Karl Marx
 Musikalische Leitung: Arthur Rosenstein.
 Anfang 7.30 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Personen:
 Cho-Cho-San, gen. Butterfly Anna Geier
 Lunak, Cho-Cho-Sans Dienerin Erna Schlöter
 Kato Linkerton Louise Kabela
 Linkerton, Leutnant in der Fritz Hartung
 amerikanischen Marine
 Sharpshooter, Kommand der Ver-
 einigten Staaten in Nag-
 asaki
 Der Fürst Yamadori Christian Köcker
 Graf Houns Arner Heyer
 Yalcidji Alfred Landorf
 Der Kaiser, Staatskommissar Mathieu Frank
 der Stabsbeamte Robert Walden
 Die Mutter Cho-Cho-Sans Karl Zoller
 Pa Huan Adolf Karlinger
 L. Bötcher-Fuchs
 Margarete Zischl

Planos
Kauf u. inMiete
 bei S13
Heckel
 Piano-Lager
0 3, 10.

Dürkopp

 Presto, Miele, Opel
 Zubehör- u. Ersatzteile
Nähmaschinen
 Günstige Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Werkstätte
L. Fabian Nachf.
 D5, 7 (Pianken) Tel. 3435
 1171

Ufa-Theater
 P 6 Enge Planken P 6
Nur noch bis Donnerstag!
 (Eine Verlängerung ist ausgeschlossen)
 Die mit einem Schlag berühmt gewor-
 dene junge talentierte

Elisabeth Bergner
 der auch in alles Mannheim zubeit.



In dem Ufa-Film
Der Geiger von Florenz
 Partner wirken mit: Conrad Veidt,
 Walter Rilla, Nora Gregor usw.
Schönes Beiprogramm!
 Jugendliche haben bis 6 Uhr Zutritt!
 Anfangzeiten der Filme: 4.00, 4.20, 4.40,
 6.05, 6.25, 6.50, 8.30, 8.40, 8.50, 9.10 bis
 10.30 Uhr. Eintritt jederzeit.

ALHAMBRA
Heute Dienstag
 nennt unser neuer Spielplan 2 Namen
 die diesmal ganz Mannheim auf die
 Beine bringen werden:

Pat und Patachon
 bringen den tatsächlich besten Lust-
 spielschlager den sie bisher gemacht
 haben und
 übersteigen weit alles bisher von ihnen
 Gebotene

Pat u. Patachon



Gute Leder,
 daher
 willige Preise!



Gute Hosen
 strapazierfähig, passende
 mit Teilreine Wolle, sowie
Windjacken
 Regen- u. Bozner-Mantel
 kaufen Sie sehr billig im
 Kaufhaus für Herrenbekleidung.
 (Inhaber Jakob Ringel)
 Mannheim 03.4
 neben Hirschland.
Gute Anzüge
 besonders billig

Ab heute Dienstag
 Die grossen Pfingst-Vorführungen
Deutsche Herzen
 am
Deutschen Rhein
 6 Akte aus Deutschlands jüngster Vergangenheit.
 Aus der Fülle hervorragender Schauspieler
 ragen: **H. A. von Schlettow**
Grete Reinwald
Hans Albers
 in glänzendster Weise hervor.



Die Nöte des Rheinlandes
Der Kampf um die Scholle
 Herrlich — die Milieuschilderung der
 rheinischen Dorfbewohner.
Rheinstimme!
Rheinzauber!

Als zweiten Großfilm zeigen wir Ihnen:
Kann eine schöne
Frau treu sein??

(Die Frau des nächsten Jahres.)
 Eine Gesellschaft- und Charakterstudie aus dem modernen
 New-York in 7 Akten.

Zu den Stärken des Films gehört die elegante An-
 machung, die geschickte Inszenierung und die flotte
 Darstellung, ausgezeichnet besonders durch schöne
 Frauengestalten.

Gaumont - Woche 19
 Anfang: 4.00, 5.20, 8.10 Uhr.

Jugendliche haben zu halben Preisen bei **Deutsche**
Herzen am Deutschen Rhein Zutritt.

Palast-Theater

Ufa Schauburg
 K1 K1
 Nähe Friedr. chbrücke
Nur noch bis Donnerstag
 der besonders ausgewählte Spielplan:
 1.
 Der köstlich amüsante Ufa-Film mit dem
 Dreigestirn:
Ossi Oswaldo
Georg Alexander
Elisabeth Pinajet

Herrn
Filip Collins
Abenteuer



Ein Seel in 6 Akten, das vom „Diebstahl
 des Herzens“ handelt. — Die Träger der
 Hauptrollen bilden für 1 1/2 Stunden köst-
 lichster Unterhaltung. — Es wirken
 außerdem mit: Erich Kaiser-Titz, Paul
 Blensfeld, Edgar Löbe

Der Romanfilm:
Der Mann ohne Gewissen
 Ein spannendes Drama in 6 Akten nach
 dem gleichnamigen Roman von Kretzer.
 Das Schicksal eines jungen Mädchens,
 das mit ihrem Verlobten aus der Provinz
 nach einer Weltstadt reist.

3.
Neueste Ufa-Womenschau
 Anfangzeiten der Filme: 4.00, 5.20, 8.35, 8.45,
 8.15, 9.30, 9.40 - 11.00 Uhr.

Voranzeige.
 Holeren werden Götzen und Befehlsboten beehren
 wir uns hiermit anzugeben, daß wir ab heute das

2.3 Weinhaus Olympia Tel. 1067
 übernommen haben und nach Beendigung der
 Renovierung am *4451
 Mittwoch, den 19. Mai, abends 6 Uhr, eröffnen.
 Frau Charlotte Wolf — Emil Schönfärber
 Imp. des Weinrestaurant Wolf, B 2, 4.

auf hoher See
 Beide treten zum ersten Male im Film mit einem

Patachönchen
 auf.

Pat u. Patachon auf hoher See
 Die lustigen Abenteuer zweier Schiffbrüchigen
 Schauplätze der überwältigenden Handlung:

Eine Segeljacht
 (eigenes Fabrikat der Fa. Pat und Patachon)

Eine treibende Eisscholle
 (Kampf mit Seeungeheuern, Polypen u. Schwertfisch)

Ein Ueberseedampfer
 (Pat und Patachon als Matrosen)

Ein Boxing
 (Patachon als „Todesboxer“ und sein K.-O.-Sieg
 über den Weltmeister).

Schönes Beiprogramm!
 Jugendliche haben bis 6 Uhr Zutritt!

Anfang 3 Uhr. Letzte Vorstellung 8.30 Uhr.

Mannheim-Musensaal-Rosengarten
 Donnerstag, den 20. Mai 1926, abends 8 Uhr
Berliner Philharmoniker
 Leitung:
Wilhelm Furtwängler

Programms: Beethoven 1. Sinfonie, Bruckner 4. Sinfonie (romantische),
 Wagner Meisterlingervorspiel
 Karten bei K. Ferd. Heckel, O 3, 10, Mannheimer Musikhaus, P. T. 14,
 Blumenhaus Tattersall, Schwetzingenstr. 15 und an der Abendkasse 4104

J. Fecht
 Musik- und Uhrenhaus
 Mittelstraße 1 (Medplatz)
 Schallplatten 2.-, 2.50, 3.50, 5.-

10-15% Rabatt
 Uhren, Gold- und Silberwaren, Trauringe.
Jul. Federgrün, Goldschmied, Q 5, 3

American Photographie
 T 1, 3a Brühlstrasse T 1, 3a
 Paßbilder, Postkarten, Kabinettbilder billigst.

**Wanderer-
 Motorräder**
 und 923
Fahrräder
 sind die billigsten,
 weil sie die besten
 sind

Zündapp
 Das Motorrad für
 Jedermann.
 Große Auswahl in
Nähmaschinen
 Bequ. Teilzahlung
Steinberg & Meyer
07,6
 neben Palast-Kaltee

**Kompl. Küchen-
 Einrichtungen**
 natur lackiert
 bestehend aus je
 1 Büffeltisch mit
 1 Kredenz, 1 Lin-
 1 Tisch, 1 Stuhl
 1 Schrank, 1 Hocker
 1 Fußschemel
 z. billige Preise von je
 Mk. 178.- und
 Mk. 192.-
 verkauft
 Hinzendörfer, Koggenstr. 38
 Schrägstr. 1257

Schreibmaschinen
 billigst zu verkaufen.
W. Lampert, L 6, 12

**komplettes
 Schlafzimmer**
 (siehe gemalt), Büch-
 er, Spiegelst., Röhren
 u. Wotrag, zum Aus-
 nahmspreis von
590 Mark
 zu verkaufen. **W. L.**
 Hinzendörfer, Möbel-
 lager und Schreiberei,
 Koggenstr. 38

Nur Ballenstr. 24
 Rein haben
 Röhren, große, ep. Hob-
 187 W. u. h. Schlags, ebt
 (siehe, nach u. mit m. or.
 Spiegelst., 20 W. u. h. h.
 Kabinett, 37 W. u. h. h.
 ebt nach pol. Besch. 1.4 W.
 u. h. h., Wotrag, Buchst.
 Wotrag, eine wie postbillig
 Teil, gef. Weg. G. j. j. j.
 hob. Bodenm. unrr. n. h. r.
 Breite. 3915
Möbelhaus Graf
 Nur Ballenstr. 24

Pianos
 mit uns billige hier bei
 Döll u. Stoffel, K 2, 12.
 *4352

